

Bezugspreis:

Verteilt. 30. - 12. monatl. 10. - 24. f. im Jahr. vordem zahlbar. Postbezugs. Monatlich 10. - 12. vgl. Anzeigergebühren. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich 12.20 M. für das übrige Ausland des halbjährlich einmal. Zustellung 21.20 M. Postgebühren nehmen an Österreich, Ungarn, Tschechoslowakei, Dänemark, Holland, Norwegen, Schweden und die Schweiz. - Eintragen in die Post-Vermittlungs-Verträge.  
Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Voll u. Zeit“ erscheint wochentäglich zweimal. Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adressen:

„Sozialdemokrat Berlin“.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die achtgehaltene Anzeigenliste ist in 11. Anzeigerbuch 20%. „Vorwärts“ Anzeigen“, das ist gedruckt von L. - M. (zuletzt zwei) wöchentlich. Jedes weitere Wort 60 Pfg. (zuletzt 40 Pfg. und Schlußzeilen) das erste Wort 65 Pfg. Jedes weitere Wort 40 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Anzeigerbuch 20%. Familien-Anzeigen für Abonnenten Seite 2. - M. politische und gewerkschaftliche Verträge - Anzeigen 2. - M. die Seite ohne Aufschlag. Anzeigen für die nach 4. Nummer müssen bis 3 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin 289. 1. Unter den Eichen 3. abgegeben werden. Gedruckt von 5 Uhr früh bis 3 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.  
Kontoführer: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Dienstag, den 28. Dezember 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.  
Kontoführer: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

## Entwaffnungsaktion der Entente.

Paris, 27. Dezember. (WZ.) Die Vorkonferenz hat sich heute mit der Note der deutschen Regierung vom 22. Dezember befaßt, die sich auf die Entwaffnung der Einwohnerwehren bezieht. General Weingand und General Koffel wohnten der Sitzung bei. Wie der „Temps“ meldet, einigte man sich nach kurzer Zeit dahin, daß die Entscheidung angesichts der Wichtigkeit den alliierten Regierungen überlassen werden müßte.

Die im Antwärtigen Amt eingetroffene Note handelt, wie wir hören, nicht von der Einwohnerwehr, sondern von der Sicherheitspolizei.

Paris, 27. Dezember. Fortinart teilt im „Echo de Paris“ mit, die Vereinigten Staaten hätten vor zehn Tagen der englischen Regierung eine Note zugehen lassen, in der verlangt wird, man möge der Regierung in Washington mitteilen, wie England das ihm anvertraute Mandat über einige ehemalige deutsche Kolonien sowie über einige der Türkei abgenommene Gebiete regeln wolle. In dieser Note wird gesagt, daß nicht der Völkerbund, sondern die alliierten und assoziierten Mächte, zu deren Gunsten Deutschland und die Türkei alle ihre Rechte abgetreten hätten, diese Fragen zu regeln hätten.

Washington, 27. Dezember. (M.) Marineattaché Daniel erklärte sein Einverständnis mit den Ausrüstungen Lloyd Georges über die Abrüstung und insbesondere seine Zustimmung zu den Bemerkungen Lloyd Georges, es habe keinen Zweck, für Völkerbund und Völkerfrieden tätig zu sein, wenn man zugleich seine Rüstungen vermehre. Nach seiner Ansicht, so bemerkte Daniels hierzu, könne die Abrüstung nur durchgeführt werden, wenn alle Nationen dabei mitspielen. - Die amerikanischen Truppen sollen aus der Republik San Domingo zurückgezogen werden.

### Die Elsaß-Lothringer gegen die Regierung.

Strasbourg, 27. Dez. (WZ.) Gegen die Tagesordnung, welche der Regierung das Vertrauen der Kammer ausdrückt, stimmten bemerkenswerter Weise die elsaß-lothringischen Abgeordneten Vilger, Broglh, François, Hadjilil, Jaeger, de Reusse, de Raubhuy, Meyer, Müller, Oberlinck, Pfleger, Selg. An der Abstimmung haben nicht teilgenommen: Klotzner, Garabe und Simonet; im Urlaub befand sich Scheer, Schuman, Serot, Walter, Guz de Wendel und Wetterlé.

### Herabsetzung der belgischen Dienstzeit.

Brüssel, 27. Dezember. Die Kammer hat den Gesetzentwurf über Herabsetzung der Dienstzeit für die Infanterie auf 10 Monate mit 148 gegen 11 Stimmen angenommen. Der belgische Finanzminister erklärte in einer Darlegung vor der Kammer, Belgien habe in Reparationen erhalten: Maschinen und Rohmaterialien für 2 600 000 000, Kohlen, Farben und andere Produkte für 2 000 000 000 Franken.

### Der russische Außenhandel.

Reval, 27. Dezember. (G.) Die Petersburger „Iswestija“ erklärt die Ausfuhr großer Mengen von Borsten, Haar, Flachs und Hanffasern für möglich, wenn das Ausland bereit sei, dem russischen Produzenten, der seine Rohstoffe bisher verreckt hielt, Waren zu liefern.

Wie ein Moskauer Funkpruch meldet, sind im November d. J. 530 Waggons mit verschiedenen Waren aus dem Auslande in Sowjetrußland eingetroffen. Amerika lieferte u. a. 3 Waggons Seife, 3 Waggons Schuhe, 1 Waggon Gummischuhe, England Apothekenwaren. In den letzten Tagen traf die erste Winterfahrgast aus Frankreich ein, darunter einige Waggons mit Gummischuhen, Schuhen und Papier. Aus Deutschland sind Arzneimittel eingeführt worden, ferner 8 Waggons Pflüge und 11 Waggons Sämaschinen; mit der letzten Sendung aus Deutschland trafen u. a. Kinofilme ein. Estland führte 22 Waggons Papier, Dänemark 6 Waggons Heilen nach Sowjetrußland aus.

Merkwürdig ist gewiß die Einfuhr von Gummischuhen, mit denen früher Rußland alle Welt versorgte; infolge der Blockade fehlt ihm das Rohprodukt.

### Eröffnung des Sowjetkongresses.

Moskau, 23. Dezember. (WZ.) Bei Eröffnung des 8. Allrussischen Kongresses der Arbeiterparteien sprach sich Kollin über die internationale Sowjetrußlands aus, die sich durch die Siege so gebessert habe, daß die westeuropäischen Regierungen mit Rußland Beziehungen anzuknüpfen suchten. Die innere Lage habe sich ebenfalls gebessert. Im März hätten die Bauern nach der Sowjetregierung gegenüber Mißtrauen gezeigt, im August hätten sie den festen Wunsch erklärt, für Sowjetrußland zu kämpfen. Vor der Sowjetregierung händen gewaltige Aufgaben. Die Wirtschaft des Landes müsse geregelt werden. Gleichzeitig müßten die

Interessen der kleinen Bauernwirtschaft gewahrt werden. Wie schwer auch die Aufgaben des Kongresses sein mögen, die Sowjetregierung habe die Gewißheit, daß sie siegen. Der gegen-

wärtige Kongress werde alles tun, um Sowjetrußland dem Siege näher zu bringen.

Ins Präsidium wurden auch zwei „Parteilose“, Zwannoff und Petruschkin, gewählt.

Der Kongress beschloß einen Gruß an die Rote Armee, an das französische Proletariat und an die Sowjetrepubliken, die in die Räte-Organisation aufgehen, abzuschicken.

### Denin

erklärte darauf den Bericht über die internationale Lage Sowjetrußlands. Er führte u. g. aus: Wir wissen alle, wie die polnischen Gutbesitzer und Kapitalisten unter dem Drängen der Kapitalisten Westeuropas und den Krieg ausgegungen haben. Zurzeit hat der Krieg sein Ende gefunden, und zwar durch einen Frieden, der für uns vorteilhafter ist als derjenige, welchen wir Polen vor dem Kriege angeboten haben. Der Vertrag mit Polen ist unterzeichnet. Die Politik der Entente, die darauf gerichtet ist, sich in Kriegaktionen einzumischen, um die Sowjetmacht zu vernichten, selbst immer mehr Schiffsbruch. Die Zahl der Reiche, die mit uns Frieden geschlossen haben, wächst andauernd. Man kann sagen, daß

### der endgültige Friede mit Polen

in der nächsten Zeit bestimmt abgeschlossen wird. Unsere zeitweiligen Niederlagen in dem Kriege mit Polen töteten davon her, daß wir gezwungen waren, auch gegen Wrangel zu kämpfen, der von Frankreich anerkannt war und von den Westregierungen unerschütterliche Unterstützung erhielt. Wir wissen alle, welchen außerordentlichen Heldentum unsere Rote Armee bewiesen hat, als sie Wrangel den entscheidenden Schlag verleiht. Der uns von den Weißgardisten und Imperialisten ausgegangene Krieg ist nunmehr erledigt.

Wir können uns jetzt mit vollem Bewußtsein an das Werk des wirtschaftlichen Aufbaues machen. Wir müssen jedoch immer auf der Hut sein. Die Kriegsbereitschaft müssen wir auf jeden Fall bewahren, um uns vor Ueberfallsmöglichkeiten zu sichern. Wir müssen die Kriegsbereitschaft des Landes heben. Unsere Friedensbereitschaft hat man früher als Schwäche ausgelegt.

### Eine Protestnote Tschischewins.

an die Entente richtet sich dagegen, daß der Verkauf russischer Handelschiffe durch Wrangelstillen zugelassen wird. Er verlangt Sicherung der russischen Schiffe für Rußland. - Da kannst du lange warten; sich mal, wo unsere Schiffe sind!

Die lettlandische Gesandtschaft in Berlin erklärt die Gerüchte über aggressive Vorbereitungen der Sowjetregierung gegen Lettland als jeglicher Begründung entbehrend.

### D'Annunzios Glück und Ende.

Rom, 27. Dezember. Am Sonntag früh besetzten Regierungstruppen die ersten Häuser von Fiume. Die Fiumer Legionäre und dalmatinischen Freiwilligen in Zara ergaben sich den Regierungstruppen.

### Versicherung gegen Habsburg.

Paris, 27. Dezember. (WZ.) „Petit Parisien“ will in der Lage sein, den Inhalt des vom Grafen Sforza am 17. Dezember in der Kammer angekündigten Zusatzantrages zum Vertrag mit Südslawien dahin festzustellen, daß die beiden Staaten sich diplomatische und politische Hilfe gegen jede auf Wiederherstellung der habsburgischen Monarchie hinzielende Bewegung zusichern.

Wien, 27. Dezember. (Telunion.) Der Bundespräsident Dr. Dainisch erklärte in einer Unterredung, daß die Beziehungen Österreichs zu Italien durchaus korrekt und freundlich sind. Was an Gegensätzen noch zurückgeblieben sein mag, das wollen wir der demokratischen Entwicklung zum Ausgleich anheimgeben, in dem Bewußtsein, daß Italien den Wert verlässlicher internationaler Freundschaften würdigen wird.

### Blutige Zusammenstöße in Breslau.

Breslau, 27. Dezember. (WZ.) Auf dem Schloßplatz fand heute nachmittags eine Arbeitlosenversammlung statt, die von der kommunistischen Partei gegen den Willen der Gewerkschaften und des Erwerbslosenrates einberufen worden war. Nach Schluß der Versammlung bildeten die Teilnehmer einen Zug, um nach dem Rathaus zu ziehen, obwohl der Polizeipräsident Umzüge verboten hatte. Die Menge griff die zum Schutze des Rathauses bereitgestellte Polizei, die den Zug aufhalten wollte, an. Nachdem die Polizei Schreckschüsse abgegeben hatte, zerstreute sich die Menge.

Durch zurückfallende Augen wurden einige Personen verwundet. Mehrere Beamte wurden durch Schläge und Steinwürfe, ein Pferd durch Messerstücke verletzt. Drei Personen wurden in das Arbeiterkrankenhaus eingeliefert, von denen eine ihren Verletzungen erliegen ist. Vor dem Rathaus fanden später noch Versammlungen statt, die nach Verhaftung einiger Personen gestreut wurden.

## Lefèvre und Tardieu.

Die von uns bereits erwähnte Rede des zurückgetretenen französischen Kriegsministers André Lefèvre liegt jetzt hier in Wortlaut vor. Sie ist geradezu ein Stück aus dem Tauschhaus, und man schaudert bei dem Gedanken, daß ein solcher Mann bis vor wenigen Tagen einen verantwortlichen Posten in der Regierung dieses Landes innehaben konnte und daß die Whantosen, die er da stundenlang vorgetragen hat, wiederholt den stürmischen Beifall der Mehrheit der französischen Kammer geerntet haben.

Nach Herrn Lefèvre befindet sich Deutschland nicht nur in vollständigem wirtschaftlichen Aufblühen, sondern es rüstet außerdem fieberhaft und heimlich für den Redandkrieg. Also „camouflage“, Verummung auf der ganzen Linie!

Durch Herrn Lefèvre erfahren wir, daß Deutschland während des russischen Vormarsches im Juli 1920 große Mengen von Kohle nach Rußland exportierte! Er verlas hierüber eine Statistik, wonach Deutschland in der Zeit vom 1. bis zum 15. Juli täglich 230 Waggons Kohle nach Rußland sandte, vom 16. bis 31. Juli sei diese Zahl auf 391 gestiegen, vom 1. bis zum 12. August - als sich die Roten Warschau näherten - sogar auf 399; sodann in der zweiten Hälfte vom August sei diese Zahl auf 101 gefallen: „Die Kunden hatten sich entfernt“, bemerkt der wichtige „Staatsmann“, und das Sitzungsprotokoll verzeichnet: „Stürmischer Beifall im Zentrum, rechts und auf mehreren Banken links“. Lefèvre lobt „die aus Polen, Tschechien und Rumänien gebildete Barriere“, die den Germanismus vom Bolschewismus trenne und ohne die sich morgen 60 Millionen Germanen mit 80 Millionen Russen zusammentun würden, um eine ungarische Menschenflut zu bilden, die einmal gegen Osten nach Indien zu, einmal gegen Westen, nach dem Rhein zu, branden würde. (Stürmischer, sich wiederholender Beifall links, in der Mitte und rechts.)

Der gewesene Kriegsminister läßt sich nichts vormachen: alles deutet auf geheime Vorbereitungen für eine Mobilisierung hin, von der Einführung des telephonischen „Mehrfach“-Anrufes bis zur Ausstellung von 7 Millionen Militärbüchern durch die Demobilisationsämter. (P) Krupp fabriziert neue Geschütze. Ray hat zwar bisher keine solchen gefunden, aber die entsprechenden neuen Granaten. Ebenso werden zwei neue Typen von Maschinengewehren erzeugt, die 1500 Geschosse pro Minute abfeuern usw. usw.

Als der Redner seinen Vortrag beendet hatte, wurde er nicht nur stürmisch begrüßt, sondern es gingen noch zahlreiche Abgeordnete aus allen Teilen des Hauses auf ihn zu, um ihn persönlich zu beglückwünschen!

Daß die Mehrheit letzten Endes doch der Regierung ihr Vertrauen bekundete, liegt nicht daran, daß sie Lefèvres Angaben bezweifelte, sondern daran, daß sie vor der von ihm verlangten Aufrechterhaltung der höchst unpopulären dreijährigen Dienstzeit zurückbeugte.

Es ist indes klar, daß auch die ruhigeren Köpfe der französischen Regierung mit den Stimmungen, die sich in der Kammer geltend machen, rechnen müssen. Daraus ergibt sich ohne weiteres, daß wir bei der heute noch herrschenden Atmosphäre eher auf überspannte Forderungen hinsichtlich unserer Abrüstung zu rechnen haben, denn auf eine Abmilderung des von der Entente bisher eingennommenen Standpunktes.

Jede Weigerung, den auf dem Friedensvertrag basierenden Wünschen der Entente nachzukommen, jeder Versuch, ihre Erfüllung hinauszuzögern oder sich ihr zu entziehen, jede Aufhebung einer Geheimorganisation - und keine von ihnen kann verboten bleiben - wird die Stimmung eines fast krankhaften Mißtrauens drüben noch verstärken und die Lage Deutschlands noch weiter verärgern. Solange es nicht gelingen ist, den Gegner von unserer ehrlichen Bereitschaft zur Abrüstung, von unserem ehrlichen Verzicht auf jeden Vergeltungskrieg zu überzeugen, werden wir ihn auf diesem Gebiet unerbittlich finden.

Herr Lefèvre hat den einzigen Entschuldigungsgrund für sich, daß er kein Militärfachverständiger ist. Die Sachverständigen werden über seine Kengste lächeln. Ruh doch selbst der „Figaro“ zugeben, daß nach der Ablieferung von 30 000 Kanonen, 16 000 Flugzeugen, 163 000 Maschinengewehren, 3 Millionen Gewehren ein deutscher Ueberfall auf Frankreich zu den wenig wahrscheinlichen Dingen der Welt gehört. Alle vernünftigen Leute jenseits und diesseits der Grenzen werden sich dieser Auffassung anschließen, und von diesseits kann hinzugefügt werden, daß keine deutsche Regierung, und wäre es selbst eine Reihregierung a la Kapp, an ein so unsinniges Unternehmen denken könnte.

Die sozialistische Presse Deutschlands bekämpft in der Abrüstungsfrage jede Verzögerung und jede falsche Ausrede. Gerade das gibt ihr das Recht zu sagen, daß es keinen Menschen in Deutschland gibt, der in der Rede des Herrn Lefèvre etwas anderes erblicken könnte als einen nationalstischen Wahnsinnsausbruch oder eine grobe Spekulation auf die Leidgläubigkeit der Hörer.



Aus derselben Stimmung ist wohl auch der Beifall zu erklären, mit dem die Ausrufung Lardieus aufgenommen wurde, da der englisch-französische Schutzvertrag nicht in Kraft getreten sei, wäre nach Art. 429 des Pariser Dokumentes das Recht Frankreichs, das linke Rheinufer besetzt zu halten, geistlich nicht begrenzt. Der Art. 429 sagt in seinem letzten Absatz:

Erachten in diesem Zeitpunkt die alliierten und assoziierten Regierungen die Sicherheit gegen einen nicht heraufgeforderten Angriff Deutschlands nicht als hinreichend, so darf die Zurückziehung der Besatzungstruppen in dem zur Erlangung der genannten Sicherheit für nötig gehaltenen Maße aufgeschoben werden.

Für jeden Menschen, der gewohnt ist, Verträge in ebronhafter Weise auszuliegen, heißt das: Die Befegung kann fortgesetzt werden, wenn Deutschland keine genügenden Garantien für die Unterlassung eines nicht heraufgeforderten Angriffs bietet; die Entscheidung darüber, ob diese Garantien gegeben sind, trifft nicht eine einzelne Macht, sondern die Gesamtheit der alliierten und assoziierten Regierungen. Weder hat also Frankreich das Recht, auf eigene Faust deutsches Gebiet zu besetzen oder weiter besetzt zu halten, noch kann das Nichtzustandekommen eines Bündnisses zwischen Frankreich und England den Grund dafür abgeben, einen Teil des deutschen Volkes noch länger als fünfzehn Jahre unter dem Druck einer fremden Besatzung zu halten.

Wir zweifeln gar nicht daran, daß das deutsche Volk über ähnlich schätzenswerte Exemplare verfügt wie die Herren Lesende und Lardieu. Wir kennen sie nur allzu gut. Aber wir können auf Ehre und Gewissen versichern, daß sie nicht entfernt über denselben Einfluß verfügen, wie jene Herren und daß wir alles, was in unseren Kräften liegt, tun werden, um sie von der Macht fernzuhalten. Denn der beherrschende Einfluß solcher Leute ist für kein Land ein Glück!

Wie gewöhnlich spielte auch in dieser Debatte über die „deutsche Gefahr“ die Orgesch eine wesentliche Rolle. Es muß aber bei dieser Gelegenheit festgesetzt werden, daß man in Frankreich nach wie vor gegenüber der Orgesch ein höchst eigenartiges Doppelspiel treibt, das wir um so beachtlicher sind aufzudecken, als wir ja die Entwaffnung der Orgesch schon zu einer Zeit gefordert haben, als das umstrittene Frankreich ganz im Gegenteil hoffte, mit dem Zuzustimmen einer bevorzugten Stellung in der Einwohnereverfrage Bayern zum Vergleich seiner auf die Zerstückung der deutschen Reichseinheit gerichteten Kombinationen zu machen.

Der „Temps“, der sich für diese separatistische Politik besonders ins Zeug gelegt hatte, hat inzwischen seit der Rückkehr seines Auslandskorrespondenten Jean Perette von einer Studienreise aus Deutschland diesen Kurs aufgegeben und nimmt eine viel vernünftigeren Haltung ein, als vorher. Aber das offiziöse Blatt besitzt noch in Deutschland einen Sonderberichterstatter namens A. d. Guilleville, der aus seinen exzessiven Anschauungen kein Hehl macht. Alles Sozialistische wirft er kräftig in den Topf des „Bolschewismus“, und besonders diejenigen deutschen Partisanen, in denen nach immer Sozialisten mitzuziehen, namentlich Preußen und Sachsen, sind ihm ein Greuel. Die süddeutschen Staaten dagegen... Und so betreibt Herr Guilleville launig weiter jene separatistische Politik, die ihm seinerzeit aufgetragen wurde und von der sowohl die „Temps“-Redaktion, wie auch offensichtlich die Regierung Dehgues insofern abgerückt sind. Der Berichterstatter empfindet natürlich eine besondere Hochachtung vor Herrn v. Kahr. So finden wir im „Temps“ vom 24. Dezember folgendes Votiv auf die bayerische Orgesch-Regierung:

„Wenn wir weiter versuchen, uns mit Unversöhnlichen zu befassen zu wollen, dann werden wir bald die Gelegenheit verpaßt haben, uns mit den süddeutschen Staaten zu verständigen, die zu Hause die Ordnung wieder hergestellt haben und aufrechtzuerhalten verstehen, und die sich von dem anarchischen und torumpfernden Einfluß Berlins fernhalten. In München, in Stuttgart gibt es keine sinnlosen Streiks, nicht einmal lärmende Straßendemonstrationen, sondern Ordnung auf der Straße und geregelte Arbeit. Eines Tages hörte ich über den

Chef der bayerischen Staatsmacht folgendes Urteil: „Herr v. Kahr ist ein guter Kräftiger...“ Nun, das ist es eben, was gegenwärtig in Deutschland notat, und die in Bayern und Württemberg von den Ministern, die die öffentliche Ordnung gegen die Unternehmungen der demagogischen Anarchie wahren, erzielten Ergebnisse sind unter dem Gesichtspunkte des wirtschaftlichen Wiederaufbaues, der deutschen Schuldenzahlung und der allgemeinen Ruhe schätzenswert.“

Deutschland läßt sich die Propaganda für die Kahr-Regierung und für die Orgesch kaum betreiben. Herr de Guilleville bleibt eben weiter der Exponent der früheren orgeschfreundlichen Politik der französischen Regierung, die zwar inzwischen fallen gelassen wurde, aber mit einem Sturz der Regierung Dehgues durch die reaktionäre Kammermehrheit jederzeit wieder aufgenommen werden könnte. Derselben Reaktionäre sind es aber, die sich heute auf die von ihnen unter der Hand geförderten bayerischen Einwohnereverben berufen, um Deutschland als zwangselig und vertragsbrüchig hinzustellen!

## Bayerisches Weihnachtsgeschenk.

Unser Münchener Volksblatt, die „Frankische Tagespost“, ist in der Lage, das nachstehende Schriftstück zu veröffentlichen, das ihr am Weihnachtsvorabend auf den Tisch flatterte:

Der Staatskommissar für den Regierungsbezirk Mittelfranken.

Um eine gleichmäßige einheitliche Handhabung der Vorschriften über die Genehmigung von Versammlungen in geschlossenen Räumen und von geschlossenen Versammlungen überhaupt nach Buchst. A Ziff. 2 der gemeinsamen Bekanntmachung der Staatskommissare vom 28. November 1919 über Vollzug der R. O. über die Aufhebung des Kriegszustandes usw. — St.-Anz. Nr. 339 — zu sichern, sind die sämtlichen Staatskommissare über folgende Gesichtspunkte übereingekommen, nach denen bei der Erteilung oder Verjagung der Genehmigung zu verfahren ist:

Genehmigungspflichtig sind Versammlungen in geschlossenen Räumen:

a) soweit sie öffentlich sind; Versammlungen jeder Art, also politische oder nichtpolitische;

b) soweit, ohne daß sie öffentlich sind, in ihnen politische Angelegenheiten erörtert werden. Daher unterliegen der Genehmigungspflicht auch die regelmäßigen Vereinsversammlungen politischer Vereine, wenn sie der Erörterung politischer Angelegenheiten dienen.

Weiter sind genehmigungspflichtig sämtliche nichtpolitischen geschlossenen (nichtöffentlichen) Versammlungen mit Ausnahme von Vereinsversammlungen, die von den Vereinsleitern einberufen sind und zu denen nur die Mitglieder gegen Ausweis durch ihre Mitgliedskarte Zutritt haben.

Die Anordnungen unter Buchst. A Ziff. 1 (Versammlungen unter freiem Himmel, Lutzige usw. betr.) der eingangs erwähnten Bekanntmachung gelten unverändert weiter.

Dr. v. Kahr.

Diese Anordnung oder vielmehr „Uebereinkunft“ der bayerischen Staatskommissare bedeutet nichts weniger als die Unterstellung des ganzen Koalitionsrechts unter die Aufsicht der Polizei! Das Reichsvertragsgesetz von 1908 und seine Verbesserungen, die im Laufe des Krieges errungen und durch die Revolution erweitert wurden, sind im Bayern der Sicherheit und Ruhe einfach außer Kraft gesetzt. Der Ausnahmezustand in Bayern verleiht zu immer tollerem Ausschreitungen gegen die in der Verfassung niedergelegten Grundrechte des Volkes. Jetzt wird durch die „Uebereinkunft“ auch die letzte Gewerkschaftsversammlung der Genehmigungspflicht unterworfen. Es ist selbstverständlich, daß sich die Arbeiterschaft gegen derartige Verfügungen aufbäumt, besonders in einem Lande, wo der organisierte Hochverrat unter der Platte Eiserich höchste Tugend ist, die sogar vom Reichsministerium des Innern getilgt wird. Die „Frankische Tagespost“ beantragt denn auch zu dem Erlaß, daß die Arbeiterschaft für ihn nur die Antwort übrig habe, mit der einst Brode das Sozialistengesetz bedachte: Wir pfeifen auf diese Anordnung!

## Erzberger und Kahr.

Im Münchener Organ der Christlichsozialen Partei „Das neue Volk“ schreibt Erzberger: „Soeben lese ich die Notiz in Ihrem

Blatte über meinen kürzlichen Aufenthalt in München usw. Wie diese Behauptungen sind ein frecher Schwindel. Seit mehr als sechs Monaten war ich nicht mehr in München. Das Ministerium habe ich nicht zu kürzen. Seine Illusionspolitik in der Entwaffnungsfrage führt es selber, reißt wahrheitslieblich auch das ganze deutsche Volk in schmerzliche Unglück. Wie viele diplomatische Niederlagen hat sich unsere Regierung in dieser Frage geholt und wird sie sich noch holen, bis sie nachgibt oder das Niedergebet verliert. Nach der Rückkehr in den Reichsdienst sehne ich mich nicht, da ich kein Esel bin. Jetzt haben andere Männer Gelegenheit zu zeigen, daß sie es besser machen können.“

## Ein neuer Streikerlaß?

Wie ein Berliner Abendblatt meldet, hat der Reichsverkehrsminister soeben einen Erlaß an die Eisenbahndirektionen herausgegeben. In dem er zur schärfsten Bekämpfung des Streikfebers auffordert. Er beruft sich dabei auf die Kundgebung der Reichsregierung vom 17. Dezember d. J., die den Beamten im allgemeinen das Streikrecht abspricht. Dieser „harte und feste Standpunkt der Regierung“ sei von den Präsidenten der Eisenbahndirektionen mit allem Nachdruck zu vertreten. Dafür gibt Herr Gröner noch folgende besondere Richtlinien:

1. Mit den Beamtenpflichten sei eine Streiktreuebereitschaft in und außerhalb des Dienstes unvereinbar.

2. Streikagitation innerhalb der Dienststunden und Diensträume sei unzulässig. Anschläge auf Eisenbahngeländen, die zum Streik auffordern, seien zu verhindern, ebenso die Verteilung von Druckschriften zum Zwecke der Streikagitation.

3. Es soll alles getan werden zur Bekämpfung des Streikfebers unter der Beamtenerschaft, durch Aufklärung über die schweren Folgen, die die gesamte Beamtenerschaft für ihre Stellung im Staate und für die politische und wirtschaftliche Entwicklung überhaupt.

4. Die Reichsregierung und das Parlament hätten bisher die Not der Beamten durch die im Dezember getroffenen Maßnahmen anerkannt und würden auch weiterhin auf eine Milderung dieser Notlage hinwirken. Dem ständen jedoch die unbesonnenen fortgesetzten Streikdrohungen entgegen.

Dieser neueste Erlaß wirkt um so befremdlicher, als am kommenden Mittwoch die Verhandlungen zwischen der Regierung und den Eisenbahnerorganisationen über die Forderungen der letzteren beginnen sollen. Die Beamtenverbände haben fast übereinstimmend erklärt, daß sie sich das Streikrecht nicht nehmen lassen können. Obgleich sie sich der schwereren Verantwortung bewußt sind, die sie gerade mit einem großen Beamtenstreik auf sich nehmen würden, könnten sie sich des letzten gewerkschaftlichen Mittels nicht begeben, solange das Reich als Gegenpart des Anstellungsvertrages nicht die Notwendigkeit dieses Vertrages erfüllt.

Es ist klar, daß die Verhandlungen, die unter dem Eindruck eines solchen Erlasses beginnen, sehr wesentlich zugespitzt werden können. Wir hoffen jedoch, daß es beiderseitigem gutem Willen gelinge, sie zu einem ersprießlichen Ergebnis zu führen.

## Der königliche Schuldirektor.

Als die Schüler des Dom- und Realgymnasiums zu Kolberg in der Aula versammelt waren, forderte sie der Herr Direktor Behrmann auf, sich zu erheben und nun auch noch zu beten „für unsere schwergeprüften Kaiserin und unseren Kaiser“.

Wir zweifeln nicht einen Augenblick, daß noch zahlreiche andere „Pädagogen“ im republikanischen Deutschland die wehrlosen Kinder zur Stillung ihrer Parteigelüste mißbraucht haben. Was schert sie das Vertrauen der Eltern und Kinder!

## Der Geheimrat.

Von Friedrich Carl Kellermann.

Der Geheimrat empfing den freundlichst eingeladenen Besucher in seinem geräumigen Ministerialbüro. Die Luft in diesem Räume war ruhig, das Licht von einer fahlen Nüchternheit, eine fatale Stimmung machte sich geltend.

Der Geheimrat bemühte sich sehr, Hebenswürdig und sogar geistreich zu erscheinen, sprach mit einem leidgehen Unterton in der Stimme von den Aufgaben der Kritik und den ihr gezogenen Grenzen. Versichert dabei, nichts gegen eine kritische Stellung auch gegenüber behördlichen Maßnahmen zu haben, empfahl aber gleichzeitig weise Mäßigung und pries den Segen einer gehorsamen Berichterstattung. Gegenüber einzelnen, auch prominenten Persönlichkeiten sei das natürlich etwas anderes.

Er war im Grunde eine subalterne Natur, hatte seinen Aufstieg lediglich seinen Streber-Eigenschaften zu danken. Ein unbegrenzter Ehrgeiz hielt sein Wesen in steter Spannung.

Der Besucher, ein noch junger, im Nebenberuf publizistisch tätiger Mann, Beamter der gleichen Behörde, ließ den Geheimrat wüßig ausreden und lächelte kaum merklich. Als der Geheimrat endlich für einen Augenblick schwieg, betradete er ihn aufmerksam. Mit der großen runden Hornbrille auf seiner Nase kam ihm der Gefürchtete vor wie Goethes Risanthrop: er fand in seinem Gesicht der Erde verzerren Ernst wieder.

Doch schon begann der Innermüßliche von neuem. Er unternahm es, den jungen Mann für eine Sache zu interessieren, die sich journalistisch ausgezeichnet behandeln ließe, zumal da der „Kollege“ schon öfter Unerschrockenheit, auch gegen sogenannte unantastbare Größen gezeigt habe. . . . Diesem Amisidirektor mit seinen unerschrockenen Aspirationen sollte es nach seiner Meinung also einmal gründlich besorgt werden. Er lächelte diabolisch. Man könne da eine blutige Satire schreiben, ermunterte er blinzelnd. Es wäre eine ganz famose Gelegenheit. . . .

Der Besucher horchte auf. Also zu einer solch ehrenvollen Aufgabe berief man ihn! Das widerwärtige Lächeln des Geheimrats geigte seinen geraden Sinn. Ein Gebaute blühte in ihm auf. Er verstand den würdigen Herrn und bestaunte es mit einem besüßigten Lächeln.

Bald darauf erschien die „Mutige Satire“ in einem verbreiteten Blatte. Der Geheimrat nahm den Artikel, beuglich in seinem breiten Sessel sich zurechtfindend, mit vorgefaßter Wonne zur Kenntnis. Bald mußte er indessen betroffen innehalten. Er erschau, traute seinen Augen nicht, rühte seine Hornbrille zurück. Das war ja beileibe kein selbstgeiges Konterfei, das ihm da gnüßig entgegengrinst! Sein Bild blieb starr vor Wut und Staunen an dem Blatt hängen. . . .

In diesem Augenblick wurde der Verfasser gemeldet und trat

gleich darauf ein. Er erkundigte sich ganz ergeben nach dem Eindruck, den die Arbeit auf den berechneten Herrn Geheimrat gemacht habe und konnte zu seiner Befriedigung gleichzeitig diesen Eindruck deutlich auf dem jugungslosen Antlitz des Gefürchteten lesen. Er lächelte stumm. Verwirrt sammelte der große Mann einige Worte des Dankes.

Als der Besucher gegangen war, versank der Geheimrat in tiefes Nachdenken. War es auf dem falschen Wege gewesen? Sollte wirklich jener andere Amisidirektor gemeint sein und nicht er selbst? Er las und las immer wieder, ohne zu einem Ergebnis zu kommen. Ihm wurde dumpf und schwül. Doch erfüllte ihn. Aber es war ja eigentlich ganz unbedenklich, daß man es gewagt — wirklich gewagt haben sollte, ihn selbst zu treffen. . . .

Ran begegnete ihm allgemein mit lächelnden Mienen; doch er war hing genug, sich nichts anmerken zu lassen.

Bald darauf nahm er, an allem irre geworden, einen längeren Urlaub.

Der Verfasser aber hatte fortan keine Gelegenheit mehr, dem Geheimrat literarische Dienste zu erweisen.

**Neue Brennstofftechnik.** Die fürchtbare Not, in die uns der Krieg und sein unglücklicher Ausgang getürzt haben, kann nur durch Hebung unserer Gesamtenergie in Landwirtschaft, Bergbau und Industrie gebannt werden, und diese von allen Seiten geforderte Erhöhung der Produktion ist im wesentlichen eine Frage der Technik. Bisher ist mit den Bodenschätzen, den Naturkräften und der menschlichen Arbeit eine Verschwendung getrieben worden, die sich unser verarmtes Volk nicht mehr leisten kann. Die Technik muß uns Wege zeigen, durch die die Werte geformt und neu gewonnen werden können. Diese Wege weist uns ein wissenschaftliches Werk „Die neue Technik“ von Geh. Rat A. Niesler, das soeben als ein Band der bei Carl Siegelmann in Berlin erscheinenden Sammlung „Die neue Welt“ veröffentlicht wird. Aus dem Riesentat der Gesamttechnik sei ein Gebiet hervorgehoben, das uns in dieser Zeit der ersten Kälte besonders nahesteht: die Frage der Brennstoffverwertung.

Alles Leben und alle Arbeit in der Welt sind von der Sonnenwärme abhängig, und zwar von der besonderen Form, in der sie uns aufspeichert in großen Mengen zur Verfügung steht, nämlich von der Kohle. Was wir jetzt als Energie von der Sonnenwärme nutzbar machen aus dem Bodenertrag an Holz, aus Wasser- und Windkräften könnte kaum der Hälfte der Menschen ein arbeitsfähiges Dasein sichern, dem Bauernleben früherer Jahrhunderte ähnlich. Erst durch die Ausnutzung der Kohle hat die Technik die Grundbedingungen des Lebens und der Arbeit gewaltig erweitert und vollständig umgestaltet. Der Bodenertrag ist durch künstlichen Dünger und Maschinenarbeit, die beide nur der Kohle zu verdanken sind, etwa verdreifacht. Diese einzigartige Wichtigkeit der Kohle zwingt uns zum richtigeren Vorgehen der Brennstoffe. Bisher ist in dieser Hinsicht kaum etwas getrieben worden. Denn in den besten Dampfmaschinen der Großbetriebe wird durchschnittlich nur etwa ein Zehntel der Kohlenwärme in Nutzarbeit umgewandelt,

bei den Verbrennungsmaschinen sehen sich gar nur vier Hundertstel in Arbeit um. Noch schlimmer ist es in Kleinanlagen und im Hausbrand. Der Hausbrand macht zwar nur etwa 12 Proz. des Gesamtkohlenverbrauches aus, aber er ist noch weit verschwenderischer. Auch die hohen chemischen Werte werden mit verbrannt, und so werden Millionen verschleudert. Nur vollkommene Ausnutzung der Kohle kann uns die zum Wiederaufbau notwendigen Kräfte sichern. Die wärmeerzeugenden Dampftriebe müssen durch Verbrennungsbetriebe ersetzt werden, die nur halb soviel Wärme verbrauchen, und aller Brennstoff muß gemeinwirtschaftlich benützt werden. Kein Brennstoff ist drosselbar, sondern nur die Gase, in die er zerlegt wird. Eine neue Gastechnik muß daher eingeführt werden. Sie wird auch dem Hausbrand billiger und rationeller ausgenutzte Wärme zuführen können, wenn außerhalb der Städte Gastkraftwerke errichtet werden, und das Heizgas den Städten durch Fernleitung zugeführt wird.

**Blühende Zweige im Winter.** Am besten schneidet man die Zweige dazu noch Weihnachten. Dankbar sind vor allem Sträucher, Nadel, Seidelbast u. a. Die Zweige sollten eine Mindestlänge von 30—40 Zentimeter haben, völlig ausgereift, kräftig entwickelt und möglichst gleichmäßig mit Blüthenknospen besetzt sein. Bei Frost ist das Schneiden zu vermeiden. Die abgeknippten Zweige steckt man in eine Wase, die täglich mit lauwarmem Wasser gefüllt werden muß. Um möglichst gleichmäßiges und schönes Entwickeln der Knospen zu erzielen, läßt man die Wase zuerst acht Tage lang in nur mäßig geheiztem Raum in einer nicht zu heißen Ecke stehen und bringt sie erst dann in größere Wärme und ans Sonnenlicht, wenn das Anknospen der Knospen deutlich erkennbar wird. Während der Nacht und bei Frostwetter tut man gut, die Zweiggefäße an einem wärmeren Platz anzustellen. Schon nach wenigen Wochen danken die Zweige unsere geringe Wärme durch prächtige Blüten, die uns den Frühling ins Zimmer zaubern, wenn draußen alles ringsum in Eis und Schnee steht. Es kommen jedoch nur die Blüten zur Entfaltung. Die blühenden Zweige kann man längere Zeit in gutem Aussehen erhalten, wenn man sie täglich und vor Sonnenlicht möglichst schüttelt; auch sollte man sie täglich unten mit klarem Wasser frisch bescheiden und ihnen jeden Tag frisches (kaltes) Wasser geben.

**Theater.** Im Theater d. Königl. Straße wird in Abänderung des Spielplans Mittwoch und Sonntag „Salome“ aufgeführt.

**Das „Reigen“-Verbot nicht zurückgezogen!** Die die P.R. ersahren, ist das gerichtliche Verbot der Aufführung von Schillers „Reigen“ nicht aufgehoben. Nachdem sich das gerichtliche Verbot als wirkungslos erwiesen hat, ist nunmehr die Aufführung des zwischen der Puffhofsäle und der Direktion Sibel-Orlof bestehenden Vertragsverhältnisses auf dem Wege des Zivilprozesses eingeleitet worden.

**Ein Institut für praktische Pflanzkunde** haben jetzt Dr. Albert Roll und Dr. Kurt Gortmann in Berlin eingerichtet. Diese zugleich wissenschaftliche und praktische Arbeitsstätte, die auf dem Zusammenstoßen von Arzt und Pflanzkundler beruht, wird, abgesehen von einigen Spezialaufgaben, die sich auf die Kriminalistik, den Ostalismus und die Behandlung von Kropfschwächen beziehen, besonders eine Reihe pädagogischer Arbeiten behandeln: Schulgartenübernahme, Beratung von Kropfärzten, Behandlung von Störungen des Gedächtnisses.



# Groß-Berlin

## Die Steuervorlagen im Ausschuss.

Der zur Vorbereitung der ersten vier Steuervorlagen eingesetzte Stadtdirektoren-Ausschuss trat gestern unter dem Vorsitz des Gewerkschaftsrats zu seiner ersten Sitzung zusammen. Vor Eintritt in die Verhandlungen gab Stadtdirektor Boeck zunächst einen Überblick über die augenblickliche Lage. Er schilderte die ungünstigen Einwirkungen der Kriegslasten, von Reich und Staat auf die städtischen Finanzen. Für Notstandsarbeiten hätten mehrere Monate höhere Millionenbeträge aufgewendet, als sie berechnigt gewesen wären. Die Sache werde jetzt eingehend untersucht. Der Ausschuss nahm dann besonders Stellung gegen die feinerzeitige gleichzeitige Inangriffnahme der Bauten des Westhafens und der Nord-Süd-Bahn, die beide die Stadt sehr stark belasten. Gegenüber dem ursprünglichen Anschlag von zusammen 97 Millionen wären heute 580 Millionen Mark erforderlich. Der Fehlbetrag der Straßenbahn dürfe unter keinen Umständen weiter steigen. Für den inzwischen weiter gewachsenen Geldbedarf der Stadt nannte der Ausschuss vertrauliche Zahlen. Es werde nicht gelingen, den Haushaltsplan für 1920 nachträglich ins Gleichgewicht zu bringen, selbst wenn man alle neuen Steuern bewillige. Man könne auch nicht gut verlangen, daß im letzten Vierteljahr alle fehlenden Einnahmen für das zurückliegende Jahr beschafft würden.

Die erheblichen Kosten der Eingemeindung sollten auf eine Reihe von Jahren, etwa 5, verteilt werden, da sie jetzt nicht auf einmal gedeckt werden könnten. Aus alledem folgerte der Ausschuss, daß es unbedingt notwendig sei, neue Einnahmen und Steuerquellen zu erschließen.

In der allgemeinen Ansprache wurde von bürgerlicher Seite betont, daß man grundsätzlich neue Einnahmen beschaffen müsse, aber nur insoweit, als dies nötig sei. Vor allen Dingen müßten zunächst in den Ausgaben Einsparnisse gemacht werden. Der wachsende Fehlbetrag der Straßenbahn beweise, daß man dies Unternehmen, das heute statt eines Uberschusses für die Stadt Berlin eine Last bedeute, in dem ungünstigsten Zeitpunkt verstaatlicht habe. Besonders große Bedenken müßte man gegen die rückwirkende Kraft der Gemeindefinanzreform haben. Uebereinstimmend wurde von den Stadtdirektoren bemängelt, daß die Bezirksämter immer noch nicht besetzt seien; dies sei Schuld des Magistrats, der das erforderliche Ordre noch immer nicht den Stadtdirektoren unterbreitet habe. In den Bezirken warte man brennend darauf.

Von der sozialdemokratischen Fraktion wurde erklärt, daß zunächst das höhere Einkommen besteuert werden müsse, ehe man an die übrigen Quellen herantrete. Auch müßte eine Reihe wichtiger Punkte wesentlich geänderte werden. Für die Bemessung der untern Grenze wurden mehrere Anträge auf Staffelung nach der Zahl der Familienmitglieder eingebracht. Nach Schluß der allgemeinen Ansprache wurde die weitere Beratung vertagt.

## Der Lustmord an Ilse Heimann.

Die Nordkommission der Berliner Kriminalpolizei veranlaßte gestern nachmittag in Moabit einen Verhörstermin. Die Empörung, die die Unfälle besonders in diesem Stadtteil hervorgerufen hat, hatte eine große Menschenansammlung hervorgerufen. Die Nachprüfung der Zeugenaussagen an den betreffenden Stellen, an denen der Mörder von diesen gesehen worden war, erwiesen sich in allen Punkten als richtig. Auch die Zeitumstände stimmen genau. Die Fortschaffung der Leiche und die Ablegung des Leibes an der Aufgüßbrücke hat Wirkholz trotz seines Dämmerzustandes, in dem er sich befand, haben will, mit großer Ueberlegung auszuführen. An der Stelle, kurz vor dem Aufgang zum Bahnhof Aufgüßstraße pflegten Leute, die mit Körben und anderen Lasten beladen sind, diese immer zunächst unten abzustellen, bevor sie die Bahnhofstreppe benutzen. Es konnte also auch gar nicht auffallen, daß Wirkholz an dem Transportwagen Halt machte und dann in einem geeigneten Augenblick den Korb unter den Wagen schob.

Die Nachforschungen nach dem Rinde, dem das in der Wohnung des Wirkholz gefundene Mäntelchen gehört, haben noch zu keinem Ergebnis geführt. Bisher haben die Feststellungen ergeben, daß

seit Juni d. J. ein kleines Mädchen, das mit einem solchen Mantel bekleidet war, vermisst wird. Die Eltern dieses Kindes sind jedoch verzogen und man ist jetzt bemüht, deren augenblicklichen Aufenthalts zu ermitteln. Wirkholz will nichts von dem Mantel wissen. Auch die Mutter sagt aus, daß sie diesen noch nie gesehen habe. Der Verhaftete kann sich nicht einmal darauf besinnen, daß der Korb, in dem die Leiche gefunden wurde, Eigentum seiner Mutter war.

## Deutschnationale Jugendverheerung!

Es gibt einen Jugendbund, dessen höchstes Ziel und Streben ist, öffentliches Vergnügen zu erregen. Unter der Firma „Deutschnationaler Jugendbund“ verführt er die Jugend für die alldeutsche „Volkspartei“ zu gewinnen, für einen Machtkrieg zu begeistern und gegen die Juden zu hetzen. Seine Mitglieder — eingetragene Pöbel, dumme fünfzehnjährige Buben und freche Dreißigjährige — bringen in wissenschaftliche Versammlungen ein, in denen über die Einsteinsche Relativitätstheorie diskutiert wird, führen durch Lärm und kindliche Zwischenrufe den Vortragenden und geben mit lautem Gebrüll von „Deutschland, Deutschland über alles“ (1) Hochbefehle ab, sobald ihr Plan gelungen ist. Diese Jugend (heute) sind nicht in München den bekannten Dr. Raugus Hirschfeld nach einem Vortrag zu mißhandeln, so daß er lebensgefährliche Verletzungen davontrug. Und eine „deutschnationale Jugendzeitung“ wickelt sich zum Schluß dieser Roblinge auf. Sie, die als Motto die Worte: „Mit Gott für Kaiser und Reich! Für aufrechte bürgerliche Jugend!“ führt, bringt es fertig, in Bezug auf jenen Vorbericht zu schreiben:

„Ankraut vergeht nicht! Der bekannte Dr. Raugus Hirschfeld wurde nach einem Vortrag in München lebensgefährlich verletzt. Nunmehr erfährt man, daß er sich von der Bewundrung wieder erholt. Wir scheuen uns nicht, zu bedauern, daß dieser schamlose und gemeinliche Volksvergifter nicht endlich sein verdientes Ende gefunden hat.“

Das ist geschmacklos und frech zugleich. Der größte Feind der Jugend ist die Verführung durch die Presse, und mit ihm die gesamte anständige Menschheit, wenn wir diesen Blamäse erlauben eine derbe Tracht Prügel auf Hofenleder für annehmlich erachten. Diefelbe Zeitung schreibt in einer anderen Nummer:

„Und so sagen wir der deutschen Jugend immer wieder: Ihr habt nicht die mindeste Verpflichtung gegenüber dieser Verfassung. Jedes Mittel ist gut und edel im Kampfe gegen die Verfassung der Republik!“

Unsere Blüte genügen, um jedem Genossen klar und eindringlich vor Augen zu führen, daß der Kampf gegen den Deutschnationalen Jugendbund dringender Bedarf der Stunde ist! Diesen Kampf führt unsere Arbeiterjugendbewegung (Jugendsekretariat Berlin NW. 40, In den Felten 23). Sehen erst nicht sie eine Schrift: „Das wahre Gesicht des Deutschnationalen Jugendbundes“ heraus, die für nur 1 M. zusätzlich Porto vom Jugendsekretariat oder durch die Buchhandlung „Vorwärts“ bezogen werden kann. In treffender und wirksamer Weise enthält der Verfasser, ein Jugendgenosse, einen Teil der unmaßlichen Tugenden des „Deutschnationalen Jugendbundes“ und zeigt die Belandeten seiner Anhänger im Lichte der Wahrheit: als Ausschubstrecke verheerender dummer Jungen. Mit aller Schärfe aber geht er gegen die verantwortungsvollen „Rührer“ des „D. N. J.“ vor, die schuld sind an jener vorkriegsartigen Verheerung.

Genossen! Letzt diese Broschüre, verbreitet sie in Massen! Hinein mit eurer Jugend in die Arbeiterjugendvereine! Sorgt, daß die Wahrheit endlich ins Licht tritt!

## Was verelendete Kinder sich wünschen.

Das Städtische Jugendamt empfing am Heiligabend von Senator Mac Cormick die Nachricht, daß er beabsichtigt, notleidenden Berliner Kindern im Weissenhof am ersten Weihnachtsfesttage eine Bekleidung zu veranlassen. Mit Hilfe der Kinderbeschulungskommission und der Arbeiterwohlfahrtsstellen vermittelte die Vorsitzende des Jugendamtes, Frau Stadtrat Wehl und ihre Helferinnen über Nacht am ersten Weihnachtsfesttage 900 arme Kinder im Saal des Waisenhauses, Alte Jakobstraße, die aus allen Stadtteilen dem Waisenhaus zuegeführt wurden. Es wurden ihnen in Anwesenheit der Waisenhausleitung für 50 000 M. Wäsche und Unterkleidungsstücke aller Art und außerdem Weihnachtsbesäde Käse und

Schokolade besorgt. Der schlechte Ernährungszustand der armen Kinder und ihre mangelhafte Bekleidung, besonders das schlechte Schuhwerk, machten auf den Senator Mac Cormick einen erschütternden Eindruck. Er hob besonders hervor, daß gerade die Aufklärung über das Elend der Berliner Kinder gerianet sei, richtige Vorstellungen über die wahren Verhältnisse in Berlin zu verbreiten. Die erkrankelten Kinder wurden nach ihren Eltern Wünschen befragt und es stellte sich heraus, daß die meisten von ihnen keinen größeren Wunsch hatten, als nach einem Hemd und etwas Unterwäsche, und die Knaben nach Trikot-Unterhemdlein, die sie gleichzeitig als Turnhosen tragen könnten.

## „Herr Ebert hat's verboten.“

Die Feinde der Republik und des Sozialismus sehen ihre Hoffnung auf die Jugend. Daraus erklären sich ihre Bemühungen, ihre frühere Herrschaft über die Schule weiter zu behalten. Und darum wird über die Republik und über die führenden Männer der Sozialdemokratie kleinen Kindern das albernste und tödlichste Zeug erzählt.

Dies ist eine Probe, die niedriger gebärgt zu werden verdient. Am Andreas-Realschulhaus (Koppenstraße) hatte in der zweiten Klasse der im Abbau begriffenen Vorklasse die Lehrerin Hel. Döring den Einfall, ihren meist noch nicht achtjährigen Schülern folgendes Verschen an die Wandtafel zu schreiben und zum Auswendiglernen zu empfehlen:

In Nord und Süd, in Ost und West,  
Da wird man weinen wohl nach Not.  
Dies Jahr, da gibt's kein Weihnachtsfest —  
Denk mal! — Herr Ebert hat's verboten.  
Das ist doch schlimm, was sagt du nun?  
Da spricht klein Hänschen ohne Fogen:  
Das kann Herr Ebert gar nicht tun,  
Der Weihnachtsmann hat mehr zu sagen.

Also: Ebert hat das Weihnachtsfest verboten! Das erzählt man Kindern, um Hof gegen die „Roten“ in ihre Herzen zu pflanzen! Mit so tödlichen Mitteln sucht anti-republikanische Agitation auf die Jugend zu wirken!

Was wäre vor dem 9. November 1918 eine sozialdemokratische Lehrerin gewesen, die ihren Kindern ein Spottgedicht antimonarchischer Tendenz als Weihnachtspruch mit nach Hause gegeben hätte?

## Die Schlussstunde für Wirtschaften.

Von unterrichteter Seite wird den WKR geschrieben: Immer noch herrschen in weiten Kreisen irrige Vorstellungen über Umfang und Zweck der durch Erlass des Ministers des Innern vom 20. Oktober 1920 angeordneten Verkürzung der Schlussstunde für Wirtschaften usw. Nach der Bundesratsverordnung vom 11. Dezember 1918, die ausgeprochenenmaßen dem Zweck der Ersparnis von Brennstoffen und Beleuchtungsmitteln dient, sind die Gast- und Schankwirtschaften, öffentliche Vergnügungstätten usw. verpflichtet, um 10 Uhr abends zu schließen. Die Landeszentralbehörden und die von ihnen beauftragten Behörden sind ermächtigt, eine spätere Schließung — jedoch nicht später als 10 1/2 Uhr abends — zu gestatten. Da die Kohlennot seit dem Zeitpunkt des Erlasses dieser Bekanntmachung sich um ein vielfaches vermehrt hat, war es selbstverständlich Pflicht der zuständigen Stellen, die Bestimmungen der Verordnung nunmehr strengstens durchzuführen. Demgemäß ist in dem Erlass vom 20. Oktober 1920 angeordnet, daß die Schlussstunde für Gastwirtschaften usw. — soweit nicht nach den örtlichen Verhältnissen eine frühere Schließung angezeigt erscheinen sollte — auf 10 Uhr abends festgesetzt bleiben soll. Da, wo bisher eine spätere Schließung zugelassen war, sollte dies mit Rücksicht auf die Verschärfung der Kohlenlage für die Regel nicht aufrechterhalten werden. Nur wo es die örtlichen Verhältnisse dringend erforderlich erscheinen lassen, kann eine Offenhaltung bis 11 Uhr und für den Sonnabend bis 11 1/2 Uhr gestattet werden. Mit der Zulassung dieser Ausnahmen ist die Grenze dessen, was bei der Lage der Kohlenversorgung noch verantwortet werden kann, erreicht.

Man hat eingewandt, daß die Schließung der Wirtschaften nur zur Folge habe, daß die Gäste in geheime Lokale abwanderten und sich dort bis tief in die Nacht hinein aufhielten. Daraus kann aber nur die Festsetzung gezogen werden, daß gegen diese geheimen Veranaltungen mit aller Schärfe vorgegangen werden muß. Leider ist dabei nur zu häufig die Mißhilfe der unmittelbar interessierten

## Die drei gerechten Kammacher.

Von Gottfried Keller.

(Schluß.)

Unterdessen hatte sich in der Stadt die Kunde von dem seltsamen Unternehmen der drei Gesellen verbreitet und der Meister selbst zu seiner Belustigung die Sache bekannt gemacht; deshalb freuten sich die Selbwohler auf das unerhoffte Schauspiel und waren begierig, die gerechten und ehrbaren Kammacher zu ihrem Späße laufen und ankommen zu sehen. Eine große Menschenmenge zog vor das Tor und lagerte sich zu beiden Seiten der Straße, wie wenn man einen Sämann erwartet. Die Knaben kletterten auf die Bäume, die Alten und Rückgehrten saßen im Grose und rauchten ihr Pfeifchen, zufrieden, daß sich ihnen ein so wohlfeiles Vergnügen angeboten. Selbst die Herren waren ausgerufen, um den Hauptspäß mit anzusehen, saßen fröhlich diskurierend in den Gärten und Bauben der Wirtschaften und bereiteten eine Menge Betten vor. In den Straßen, durch welche die Käufer kommen mußten, waren alle Fenster geöffnet, die Frauen hatten in den Bistensitzen rote und weiße Kissen ausgelegt, die Arme darauf zu legen, und zahlreichen Damenbesuch empfangen, so daß fröhliche Kaffeegesellschaften aus dem Stegreif entstanden und die Mägde genug zu laufen hatten, um Kuchen und Zwieback zu holen. Vor dem Tore aber saßen die Buben auf den höchsten Bäumen eine kleine Staubwolke sich nähern und begannen zu rufen: „Sie kommen, sie kommen!“ Und nicht lange dauerte es, so kamen Fridolin und Jobst wirklich wie ein Sturmwind herangefahren, mitten auf der Straße, eine dicke Wolke Staubes aufwühlend. Mit der einen Hand zogen sie die Felleisen, welche wie toll über die Steine flogen, mit der anderen hielten sie die Güte fest, welche ihnen im Nacken saßen, und ihre langen Röcke flogen und wehten um die Wette. Beide waren von Schweiß und Staub bedeckt, sie sperrten den Mund auf und lechzten nach Atem, lächelten und hörten nichts, was um sie her vorging, und die Tränen rollten den armen Männern über die Gesichter, welche sie nicht abzumischen Zeit hatten. Sie ließen sich dicht auf den Heren, doch war der Vayer voraus um eine Spanne. Ein entsetzliches Geschrei und Gelächter erhob sich und dröhnte, so weit das Ohr reichte. Alles raffte sich auf und drängte sich dicht an den Weg, von allen Seiten rief es: „So recht, so recht! Rauft, wehr' dich, Sach! hast dich brav, Vayer! Einer ist schon abgefallen, es sind nur noch zwei!“ Die Herren in den Gärten ständen auf den Tischen und wollten sich ausschütten vor Lachen. Ihr Ge-

lächter dröhnte aber donnernd und fest über den halllosen Wärm der Menge weg, die auf der Straße lagerte, und gab das Signal zu einem unerhörten Freudentoge. Die Buben und das Gefindel strömten hinter den zwei armen Gesellen zusammen und ein wilder Haufen, eine fürchterliche Wolke erregend, wälzte sich mit ihnen dem Tore zu; selbst Weiber und junge Gassenmädchen liefen mit und mißachten ihre hellen quiekenden Stimmen in das Geschrei der Burischen. Schon waren sie dem Tore nah, dessen Türme von Neugierigen besetzt waren, die ihre Mühen schwenkten; die zwei rannten wie scheu gewordene Pferde, das Herz voll Qual und Angst, da kniete ein Gassenjunge wie ein Kolobol auf Jobstens fahrendes Felleisen und ließ sich unter dem Verfallsgefahre der Menge mitfahren. Jobst wandte sich und siechte ihn an, loszulassen, auch schlug er mit dem Stock nach ihm; aber der Junge duckte sich und grinst ihn an. Darüber gewann Fridolin einen größeren Vorsprung, und wie Jobst es merkte, warf er ihm den Stock zwischen die Füße, daß er hinstürzte. Wie aber Jobst über ihn wegbringen wollte, erwachte ihn der Vayer am Rodischhof und zog sich daran in die Höhe; Jobst schlug ihm auf die Hände und rief: „Loh, loh, loh los!“ Fridolin ließ aber nicht los, Jobst packte dafür seinen Rodischhof und nun hielten sie sich gegenseitig fest und drehten sich langsam zum Tore hinein, nur zuweilen einen Sprung versuchend, um einer dem andern zu entkommen. Sie weinten, schluchzten und heulten wie Kinder und schrien in unglücklicher Beklemmung: „O Gott! loh los! Du lieber Heiland, loh los Jobst! loh los, Fridolin! loh los, du Satan!“ Dazwischen schlugen sie sich fleißig auf die Hände, kamen aber immer um ein wenig vorwärts. Gut und Stock hatten sie verloren, zwei Buben trugen dieselben, die Güte auf die Straße gesteckt, voran und hinter ihnen her wälzte sich der tobende Haufen; alle Fenster waren von der Dammwelle besetzt, welche ihr silbernes Gelächter in die unten tosende Brandung warf, und seit langer Zeit war man nicht mehr so fröhlich gestimmt gewesen in dieser Stadt. Das rauschende Vergnügen immedete ihr Bewußtsein so gut, daß kein Mensch den zwei Ringenden ihr Ziel zeigte, des Weisers Haus, an welchem sie endlich angelangt. Sie selber sahen es nicht, sie haben überhaupt nichts, und so wälzte sich der tolle Haufen durch das ganze Städtchen und zum andern Tore wieder hinaus. Der Meister hatte lachend unter dem Fenster gelegen, und nachdem er noch ein Stündchen auf den endlichen Sieger gewartet, wollte er eben weggehen, um die Früchte seines Schwankes zu genießen, als Dietrich und Jüs still und unversehens bei ihm eintraten.

Diese hatten nämlich unterdessen ihre Gedanken zu-

jammengetan und beraten, daß der Kammachermeister wohl geneigt sein dürfte, da er doch nicht lang mehr machen würde, sein Geschäft gegen eine bare Summe zu verkaufen. Jüs wollte ihren Gültbrief dazu hergeben und der Schwabe sein Geldchen auch dazu tun, und dann wären sie die Herren der Sachlage und könnten die andern zwei anlachen. Sie trugen ihre Vereinbarung dem überausen Meister vor; diesen leuchtete es sogleich ein, hinter dem Rücken seiner Gläubiger, ehe es zum Bruch kam, noch schnell den Handel abzuschließen und unerhofft des baren Kaufpreises habhaft zu werden. Nach wurde alles festgesetzt, und ehe die Sonne unterging, war Jungfer Bünzlin die rechtmäßige Besitzerin des Kammachergeschäfts und ihr Bräutigam der Mieter des Hauses, in welchem dasselbe lag, und so war Jüs, ohne es am Morgen geahnt zu haben, endlich erobert und gebunden durch die Dandlichkeit des Schwabens.

Salbtot vor Scham, Mattigkeit und Keger lagen Jobst und Fridolin in der Berberge, wohin man sie geführt hatte, nachdem sie auf dem freien Felde endlich umgefallen waren, ganz ineinander verblieben. Die ganze Stadt, da sie einmal aufgeregert war, hatte die Ursache schon vergessen und feierte eine lustige Nacht. In vielen Häusern wurde getanzt und in den Schenken wurde gezecht und geungert, wie an den größten Selbwohlerfesten; denn die Selbwohler brauchten nicht viel Jezu, um mit Meisterhand eine Lustbarkeit daraus zu formen. Als die beiden armen Teufel sahen, wie ihre Tapferkeit mit welcher sie gedacht hatten, die Lorbeer der Welt zu benutzen, nur dazu gedient hatte, dieselbe triumphieren zu lassen und sich selbst zum allgemeinen Gelächter zu machen, wollte ihnen das Herz brechen; denn sie hatten nicht nur den weissen Plan mancher Jahre verfehlt und vernichtet, sondern auch den Ruhm besonnener und rechtlich ruhiger Leute eingebüßt.

Jobst, der der älteste war, und sieben Jahre hier gewesen, war ganz verloren und konnte sich nicht zurechtfinden. Ganz käderrmüßig zog er vor Tag wieder aus der Stadt, und hing sich an der Stelle, wo sie alle gestern gelassen, an einen Baum. Als der Vayer eine Stunde später da vorüberkam und ihn erblickte, sochte ihn ein solches Entsetzen, daß er wie wahnsinnig davonrannte, sein ganzes Wesen veränderte und, wie man nachher hörte, ein liebesüchtiger Mensch und alter Handwerksbursch wurde, der keinen Menschen Freund war.

Dietrich der Schwabe allein blieb ein Gerechter und hielt sich oben in dem Städtchen; aber er hatte nicht viel Freude davon; denn Jüs ließ ihm gar nicht den Ruhm, regierte und unterdrückte ihn und betrocknete sich selbst als die allernigste Quelle alles Guten.



Kreise des Gastwirtschaftsgewerbes und des Publikums zu vermissen. Es wäre dringend zu wünschen, daß das Publikum und vor allem auch die Gastwirtschaftsvereinigungen sich die Befämpfung dieses Verbrechens zur Aufgabe machten und jeden ihnen zur Kenntnis kommenden Fall zur Anzeige brächten. Ferner ist darauf hinzuweisen, daß in den Kneipenkreisen die Arbeiter sich nicht ohne Grund beschwerten, daß sie Heberbüchsen im Vergangenen mühen müssen, weil der Kohlenverbrauch in Vergnügungsräumen der Großstädte übermäßig groß sei. Diefelben Einwendungen sind gegenüber dem Reichskommissar für die Kohlenverteilung von Berliner Arbeitervertretungen gemacht worden, als er sich darum bemühte, die großen Kronverbraucher Werke auf die Einlegung von Nachbüchsen zu verweisen.

Schließlich kommen auch außenpolitische Gesichtspunkte hinzu, aber lediglich insofern, als ein mit unserer Lage nicht in Einklang zu bringendes Maß an Verbrauch von Licht und Heizstoffen dazu beitragen muß, unsere Lage hinsichtlich der Durchführung des Sparplans zu verschlechtern.

### Der Straßenbahnverkehr in der Silbesternacht.

Einer Maßnahme zufolge wird beabsichtigt, die Polizeistunde am Silbesternabend bis 1 Uhr nachts zu verlängern. Angesichts der äußerst gespannten Lage der Kohlenverteilung, insbesondere mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten in der Aufrechterhaltung des Betriebes der Gas- und Elektrizitätswerke, hat der Reichskommissar für die Kohlenverteilung, im Einverständnis mit dem Preussischen Ministerium des Innern davon Abstand nehmen müssen, einem verlängerten Verkehr der Hoch- und Untergrundbahnen sowie der Straßenbahn zuzustimmen.

Friedrich Schulze, ein unermüdlicher Kämpfer für die Sozialdemokratie, ist am 1. Weihnachtstertag im Alter von 66 Jahren durch den Tod aus unserer Reihen geschieden. Von Beruf Zimmermann, hat Schulze stets und ganz seine Söldigkeit getan, und auch jetzt noch, als 66jähriger, war er einer der rührigsten Genossen. Es gab keine Versammlung ohne ihn. Als vor einigen Jahren der Bezirk Witzenau noch hauptsächlich von Wittenau bearbeitet wurde, da war es unserem Genossen Schulze nicht zuviel, wenn er oft den Weg bis Stolpe zu Fuß machen mußte. An dem Arbeiter dieser Mannes können die jüngeren Genossen sich ein Beispiel nehmen. Die Partei trauert mit den Angehörigen an der Bahre des Verstorbenen und wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Für eine Viertelmillion Tafelzucker und Schokolade erdentes Einbrecher, die am 2. Weihnachtstertag in die Wohnung eines höheren Ministerialbeamten in der Kapuzen- und Theil-Strasse einbrachen. Es handelt sich offenbar um sogenannte „Sonntagabend-Einbrecher“, die die vorübergehende Abwesenheit der Bewohner benutzen, um die Korridorier mittels Nachschlüssels zu öffnen und dann in aller Ruhe eine sorgfältige Auswahl zu treffen. Vor allem erwiderten sie ein vollständiges Tafelzucker für 18 bzw. 27 Personen, bestehend aus etwa 270 einzelnen Zellen, sämtlich mit einem H in ovaler Umrandung gezeichnet. Besonders markant ist ein silberner Trichter mit Aufschrift: 22. 12. 75. Tischgesellschaft Weidenhof in Elberfeld. Unter den Schokolade befindet sich eine glatte Platinhochzeitnadel mit einem Brillanten in der Mitte, sowie ein goldener Armreif mit zwei Lapislazulifiguren. Auf die Verhaftung der Täter ist eine Gesamtbelohnung von bis zu 25 000 M., im übrigen eine solche von 10 Proz. des jeweiligen Wertes ausgesetzt. Mitteilungen, deren vertrauliche Behandlung gesichert wird, werden an Kriminalkommissar Gennat, Polizeipräsidium Berlin, Zimmer 104, Hausanschlus Nr. 428, erbeten.

Neben den Stand des Geschäftsaufsichtsverfahrens der Friedrichsberger Bank wird von einem Gläubigervertreter berichtet, daß nach Ablehnung des bisherigen von der Bankleitung gemachten Zwangsvergleichsvorschlags durch das Landgericht die Bankleitung nunmehr neue Verluste macht, aus der Sache herauszukommen. Den Gläubigern wird als Anzahlung ein Prozentsatz ihrer Forderung angeboten, den sie als Anzahlung auf ihre Kapitalforderung annehmen müssen. Die Zinsen für 6 Jahre, das sind ungefähr 30 Proz. ihrer Forderung, sollen sie der Bank schenken. Während die Bankleitung mit diesem Schatzgrube die Gläubiger an sich zu ziehen und Zeit zu gewinnen sucht, wird für den neuen Vergleichsvorschlag Stimmung gemacht. Das geschieht unter anderem auch durch Verbreitung von Flugblättern und Schmähschriften, in denen der Lehrer Widmann, welcher sich die Vertretung der bedrängten 20 000 Gläubiger zur Aufgabe gemacht und die Aufhebung des ersten Zwangsvergleichs durchgesetzt hat, in häßlicher Weise angegriffen wird.

Widmann, der auf dem Standpunkt steht, daß die Geschäftsaufsicht zu Unrecht eingesetzt ist, daß der Zusammenbruch gar nicht eine Folge des Krieges ist, sondern schon vor dem Kriege eingetreten war, hat infolge dieser persönlichen Anfeindungen seine Tätigkeit vor dem Amtsgericht niedergelegt. Er sagt, daß für die Erfüllung des Zwangsvergleichs keinerlei Sicherheiten vorhanden sind und daß die Bankmitglieder sich durch den Vergleich nur der Zahlung der 3 1/2 Millionen Hartkupon entziehen und die Bankleitung sich vor Regressansprüchen wälzen wolle. Der Konkurs wird eintreten, was die Ministerien schon 1914 erklärt haben.

In ihren Auftritten rügt sich die Bank besonders darauf, daß eine Klage Widmanns, welche die Anfechtung der Bilanz pro 1914 zum Gegenstand hatte, in drei Instanzen abgewiesen worden sei. Diese Entscheidungen sind aber nur dadurch möglich geworden, daß insbesondere das Kammergericht die Aktien des Genossenschaftsregisters nicht berücksichtigt hat, aus denen klar ersichtlich ist, daß die Abschreibung aller Genossenschaftsausgaben, welche angeblich im Jahre 1915 pro 1914 beschlossen sein soll, erst im Jahre 1916 pro 1915 geschehen ist.

Nachdem das Landgericht den ersten Zwangsvergleich gerade wegen der dabei vorgekommenen Verschleierungen und Beeinflussungen aufgehoben hat, dürfte es geraten sein, daß die Gläubiger dem neuen Vorschlag gegenüber die größte Vorsicht walten lassen! Durch die seitens der Bank immer wiederholten und vom Landgericht mißbilligten Versuche, den unausführbaren Zwangsvergleich durchzusetzen, sind der Bank sehr große Summen entzogen worden, welche den Gläubigern zukommen, denn die Bank selbst besitzt gar nichts mehr. Es verlangt die Geschäftsaufsichtsperson, der früherer Bürgermeister von Wittenberg, Mareß, an Honorar bis 1919 319 000 Mark, sein Sekretär hat außerdem sehr viel Geld erhalten. Der Rechtsanwalt der Bank, Justizrat Schachtel, verlangt für die bisherige Vertretung der Bank im Vergleichsverfahren über 100 000 Mark, insgesamt dürften die Kosten des Zwangsvergleichsverfahrens schon mehr als 1 Million betragen. Alles müssen die armen Spargläubiger bezahlen!

**Die Belieferung mit Krankennmilch.** Für den 28., 29., 30. und 31. Juli die Belieferung der 1/2-Liter-Krankennmilch mit Frischmilch aus. Als Ersatz hierfür wird für vier Tage eine Mische Kondensmagermilch, gesüßert, zum Preise von 8,10 M. vorausgibt. Die 1/2-Liter-Krankennmilch werden am 28. und 29. d. M. nur mit 1/2 Liter Frischmilch beliefert. Am 30. und 31. d. M. erhält die Belieferung mit Frischmilch aus. Für den 30. und 31. d. M. erhalten die 1/2-Liter-Krankennmilch eine Mische gesüßerte Kondensmagermilch zum Preise von 10,90 M. für den 1., 2., 3. und 4. Januar 1921 fällt die Belieferung der 1/2-Liter-Krankennmilch mit Frischmilch aus. Als Ersatz hierfür wird eine Mische ausländische gesüßerte Kondensmagermilch zum Preise von 8,75 M. vorausgibt. Die 1/2-Liter-Krankennmilch werden am 1. und 2. Januar 1921 voll beliefert, am 3. und 4. Januar 1921 erhalten die 1/2-Liter-Krankennmilch nur 1/2 Liter Frischmilch.

**Parionententheater des Jugendamts Neukölln.** Um die „Hausaufführungen“ den weite Kreisen zugänglich zu machen, hat sich das Jugendamt entschlossen, zwischen Weidenhof und Neuhof den „Dr. Faust“, der schon einmal das Entzücken der Kinderwelt bildete, achtmal hintereinander aufzuführen, und zwar am 28., 29., 30. und 31. Dezember, nachmittags 8 und 6 Uhr, in der Aula des Städtischen Anzeigers, Weidenhof Str. 10. Es wird erwartet, daß auch die Eltern, Lehrer und Elternbeiräte Gelegenheit nehmen, sich in den Abendvorstellungen von der Güte des Gedankens zu überzeugen, um es so vielleicht zu ermöglichen, das Parionententheater zu einer ständigen Einrichtung in Neukölln zu machen, um dadurch am wirksamsten den Schmutz in Wort und Bild zu bekämpfen. Karten zum Preise von 75 Pf. sind im Rathaus, Zimmer 226, und an der Kasse zu haben.

**Die Standbauarbeiter der Städtischen Werke Neukölln** sind jetzt mit Ausweiden versehen worden. Gemäß einem Beschluß des Neuköllner Magistrats sind bei den Kohlenlegern, Helfern und Stundenaufnehmern der Städtischen Werke die Nummern und die Firma von den Dienstämtern entfernt worden. Die betreffenden Personen haben daher bei Ausübung ihrer dienstlichen Tätigkeit in Privatwohnungen usw. stets unauffällig ihren Personalausweis vorzulegen.

**Neue Lieferungsbedingungen und Tarife für Elektrizität.** Der Magistrat gibt im Inkrafttreten der heutigen Ausgabe die neuen, jetzt für das ganze neue Berlin maßgebenden Lieferungsbedingungen und Tarife für Elektrizität bekannt. Die neuen Bedingungen und Tarife finden unter Aufhebung der bisher in den einzelnen Gemeinden in Kraft gewesenen auf denjenigen Stromverbrauch Anwendung, der von der Mitte Dezember 1920 beginnenden Jähresabrechnung ab stattfindet.

**Kampf zwischen Löwe und Bär.** Bei der Nachmittagsvorstellung im Circus Soralant hatten sich auf dem Durch das Drahtgitter geführten Gang von ihrem Käfig zur Wange ein Löwe und ein Bär ineinander festgebissen und waren nicht zu trennen. Auch die übrigen Raubtiere wurden aufgeregter. Alle Bemühungen der Wärter, die Kämpfer voneinander zu trennen, waren vergeblich. Da die Lage jeden Augenblick kritischer wurde, so griff die Feuerwache ein und brachte durch einen wohlgezielten Wasserstrahl aus dem Hydranten die aufgeregten Tiere zur Ruhe. Diesen Augenblick benutzte der Dompteur, um den Bären zurückzuführen und in die Manege zu bringen, wo er ruhig, als ob nichts geschehen sei, seine Kunst zeigte. Der Löwe vermochte sich nicht mehr zu erheben. Die von dem Bären ihm zugefügten Wunden waren tödlich. Der Verlust ist für den Circus um so schwerer, als erst kürzlich in Hamburg der Tod eines Elefanten erfolgte. Beide Tierarten sind zurzeit nicht ersichtbar.

**Am Dom veranlaßt Professor Walter Fischer am Donnerstag, den 30. d. M., abends 8 Uhr, ein Orchesterkonzert unter Mitwirkung von Frau Lola Wägners (Sopran) und Herrn Theo Boden (Bass-Bariton). Das Programm enthält Weihnachtsmusik. Eintritt ist frei gegen Entnahme eines Programms.**

**Das Hippodromtheater** bringt im Monat Januar eine neuartige, aus Amerika eingeführte Varietë-Session „Das Publikum filmt“. Die mit dem Theaterbesuchern abendlich unter persönlicher Leitung von Leo Deulert dargestellten Films werden bereits am nächsten Abend gezeigt. Im Rahmen des bisherigen reichhaltigen Varietëprogramms werden im Januar zum erstenmal Kampftiere auf einer Varietëbühne gezeigt.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, 28. Dezember:

**Jugendstallknecht:** Weihnachtsfeier 6 1/2 Uhr in den „Publ.-Festhallen“, Neue Köpenicker Str. 26. Vortrag: Regierungen; Ueber zur Laute; Komzet; Bühnenverleumdung. Eintritt 250 M. Gäste willkommen.

**Schöneberg-Friedenau.** 8. und 81. Abt. 7 1/2 Uhr: Gemeinliche Funktionäre bei Haar, Hauptstraße, Ecke Eierstraße. Alle Funktionäre von Friedenau und des Friedenauer Ortsteils von Schöneberg müssen erscheinen.

Morgen, 29. Dezember:

**Achtung, Verwaltungsbehörden!** Am Mittwoch, den 29. Dezember, nachmittags 4 1/2 Uhr: Konferenz sämtlicher Vertrauensleute der Beamten in den Zellen 9a. Tagesordnung: 1. Sozialdemokratie und Beamtenschaft. Referenten: Guste und Ledmann. 2. Freie Aussprache. Erscheinen unbedingt erforderlich. Es findet Listenkontrolle statt. Der Verbraucherschutz der S.P.D.

**5. Kreis, Friedrichshagen.** 7 Uhr beim Genossen Schuler, Rüdowdorfer Str. 3. Kreisvorstandssitzung mit den Abteilungs- und Ortsmitgliedern. 12. Abt. 7 Uhr: Funktionärsitzung bei Krüger, Waldemarstr. 22.

**Wanow, 129. Abt.** Abteilungsversammlung abends 7 1/2 Uhr, Reich, Altes, Schloßstr. 2. Thema: Die politische Lage und die preussischen Landtagswahlen. Ref. Genosse Spließ. — 128. Abt. (Haber 1. Abt.) Abteilungsversammlung abends 7 1/2 Uhr bei Engel, Wäldstr. 45. Thema: Die Bedeutung der preussischen Landtagswahlen. — Ref. Genosse Dr. Kallmann.

**Wach, Jahlabend bei Pietrowski** um 7 1/2 Uhr. Nur Mitglieder haben diesmal Zutritt.

**Karow, Mitgliederversammlung** abends 8 Uhr bei Bernot, Dorfstr. 41. Thema: Die politische Lage und die preussischen Landtagswahlen. Ref. Genosse Dr. Roth.

**Niederhörsinghausen, 131. Abt.** Mitgliederversammlung abends 7 1/2 Uhr im Schloß Schöndorfen, Lindenstr. 11. Thema: Verfassungsvertrag. Ref. Genosse Dr. Bendiner.

## Soziales.

### Ergebnisse der amtlichen Lohnfeststellung.

Der V. V. R. wird geschrieben: Nach dem Vorgehen veröffentlicht das Statistische Reichsamt jetzt in zwei weiteren Sonderabdrucken aus Band 298 der Statistik des Deutschen Reiches die Ergebnisse der amtlichen Lohnfeststellung vom Februar 1920 für die Industrie der Steine und Erden und die Glas- und keramische Industrie. Von der Industrie der Steine und Erden sind 111 Betriebe mit

12 167 Arbeitern und 849 Angestellten und von der Glas- und keramischen Industrie 93 Betriebe mit 22 709 Arbeitern und 2051 Angestellten erfasst worden. Auf Grund der Einzelangaben für Arbeiter berechneten die statistischen Landesämter die Durchschnittslöhne für die einzelnen Betriebe, während das Statistische Reichsamt aus den Betriebsdurchschnitten unter jedesmaliger Berücksichtigung der Arbeiterzahl die Ortsdurchschnitte für jede typische Berufsart getrennt nach Zeit- und Stücklohn sowie Alter und Geschlecht ermittelte. In beiden Industriezweigen spielen der Stücklohn nach wie vor eine bedeutende Rolle. Von sämtlichen Arbeitskräften waren in der Industrie der Steine und Erden 47 v. H. und in der Glas- und keramischen Industrie 53 v. H. in Stücklohn beschäftigt. Auf die weiblichen Arbeitskräfte entfielen in der Industrie der Steine und Erden nur 3 v. H. und in der Glas- und keramischen Industrie 29 v. H. Die Ergebnisse werden für die Industrie der Steine und Erden für 104 Orte und 12 typische Berufsarten und für die Glas- und keramische Industrie für 20 typische Berufsarten und 82 Orte des Deutschen Reichs veröffentlicht.

Greift man die wichtigsten 5 typischen Berufsarten heraus, so schwanken in der Industrie der Steine und Erden die durchschnittlichen Stundenlöhne: bei den Brennern von 159 Pf. in Großlangendorf (Schlesien) bis 334 Pf. in Zornap (bei Elberfeld), bei den Grubenarbeitern von 141 Pf. in Strödel (Bezirk Breslau) bis 398 Pf. in Reibersdorf (bei Summersbach, Rheinland), bei den Grubenweibern von 150 Pf. in Strecken (Schlesien) bis 509 Pf. in Büsbach (bei Aachen), bei den gelernten Handwerkerinnen von 163 Pf. in Regensburg (Bayern) bis 301 Pf. in Dornap (bei Elberfeld), bei den Maschinen- und Heizerinnen von 152 Pf. in Großlangendorf (Schlesien) bis 386 Pf. in Rühlader (Württemberg). Hiernach liegt die Untergrenze des durchschnittlichen Stundenlohnes vorwiegend in Schlesien, während die Obergrenze zumeist in das rheinische Industriegebiet fällt. Diese auf der Verschiedenartigkeit der Wirtschaftsgebiete beruhenden bedeutenden Unterschiede rechtfertigen die weitgehende örtliche Unterbindung der Löhne.

Bei den Stücklohnarbeitern liegen folgende Schwankungen des durchschnittlichen Stundenverdienstes vor: Brenner von 227 Pf. in Kauzungen (Schlesien) bis 423 Pf. in Büsbach (bei Aachen), Grubenarbeiter von 143 Pf. in Hagenberg (Bayern) bis 420 Pf. in Weide (bei Leipzig), gelernte Handwerker von 183 Pf. in Hagenberg (Bayern) bis 378 Pf. in Rieja (a. d. Elbe). Die Grubenweiber, Maschinen- und Heizerarbeiten nur ganz vereinzelt in Stücklohn. In der Glas- und keramischen Industrie bewegte sich der durchschnittliche Stundenlohn (Zeislohn) der Brenner und Ofenseher von 177 Pf. in Rauenborn (Thüringen) bis 391 Pf. in Düsseldorf, der Dreher von 232 Pf. in Vordamm (Kreis Friedberg) bis 398 Pf. in Düsseldorf, der Facharbeiter von 158 Pf. in Uerenerbrunn (in Thüringen) bis 393 Pf. in Krauschwitz (Schlesien), der Former von 188 Pf. in Verber bis 342 Pf. in Ratingen (Kreis Düsseldorf), der Hilfsarbeiter von 139 Pf. in Pachtelmühle (Oberpfalz) bis 296 Pf. in Ratingen. Auch hier erklären sich die weitgehenden Unterschiede am besten aus der Verschiedenartigkeit der wirtschaftlichen Verhältnisse.

Rechnet man die tatsächlichen Arbeitsverdienste beim Stücklohn in Stundenlohn um, so ergeben sich für die fünf wichtigsten typischen Berufsarten folgende Schwankungen: Brenner und Ofenseher von 24 Pf. in Jell (Baden) bis 364 Pf. in Weiel (Athen), Dreher von 258 Pf. in Lettau (Wanzen) bis 490 Pf. in Selbe (Nordböhmen), Facharbeiter von 133 Pf. in Eisenhammer bis 330 Pf. in Bunzlau, Former von 247 Pf. in Hüttensteinach bis 710 Pf. in Weichwasser (Oberpfalz), Hilfsarbeiter von 107 Pf. in Neuenhamer (Wanzen) bis 589 Pf. in Bunzlau. Mit ganz wenigen Ausnahmefällen ist der Stücklohn je Stunde zum Teil merklich höher als der Zeislohn. Sicht man von den Einzelwerten ab, die besonders erklärt werden, so kommt der im Stücklohn liegende Anreiz zu erhöhten Leistungen in diesen Zahlen bereits zum Ausdruck.

Neben den durchschnittlichen Stundenlöhnen werden noch die durchschnittlichen Verdienste während der vier Erhebungswochen für jede typische Berufsart aufgeführt. In diesen Zahlen kommt die verschiedene Dauer der Arbeitszeit und die Ueberstundenarbeit zum Ausdruck. Nicht selten fällt der höchste durchschnittliche Wochenverdienst mit einem verhältnismäßig geringen durchschnittlichen Stundenlohn zusammen, weil starke Ueberarbeit vorliegt. Es zeigt sich auch hier, daß eine bloße Kenntnis der Stundenlöhne für die Beurteilung der Lohnverhältnisse nicht ausreicht. Die ergänzenden Angaben über die tatsächlichen Verdienste während der vier Erhebungswochen dürften daher besonders begrüßt werden. Als ein besonderer Vorzug der Sonderabdrücke erscheinen die ausführenden textlichen Erläuterungen, in denen zum Schluß auch Vergleiche mit den Friedenslöhnen und den Leertungsgehältern des Monats Februar gezogen werden.

### Umbau der deutschen Sozialversicherung.

Zum Beginn des Gesamtumbaus der deutschen Sozialversicherung erläßt das Reichsarbeitsministerium in der ersten Dezembernummer des Reichsarbeitsblattes eine amtliche Rundgebung. Die Versicherung soll vereinfacht und vereinheitlicht, und es soll ein klares, leicht verständliches, alle Zweige der Sozialversicherung umfassende Gesetz geschaffen werden. Das Gesetz soll den veränderten wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen angepaßt und im möglichst wirtschaftlichen und schadenverhütendem Sinne ausgebaut, die Richtigkeit der Versicherten und der Arbeitgeber sowie der Verste soll erweitert und vertieft werden. Der Umbau soll im Einklang mit allen beteiligten Stellen vor sich gehen. Zur Vorbereitung des Umbaus werden vom Reichsarbeitsministerium im Frühjahr 1921 „Grundzüge der deutschen Sozialversicherung“ herausgegeben werden, die eine planmäßige Zusammenfassung und Gegenüberstellung des bisherigen Rechtes der Sozialversicherung enthalten. Für die mit dem Umbau betrauten Behörden, Verbände und Einzelpersonen soll damit ein Hilfsmittel geschaffen werden. Bestellungen sind an das Reichsarbeitsministerium, Berlin NW 40, Schornhorststr. 35 (Zentralbureau), bis Ende Februar 1921 zu richten. Der Preis wird sich auf etwa 40 M. belaufen.

### Geschäftliche Mitteilungen.

Die Kleiderwerke Baer Sohn (Thauschke, 29/30) bringen nach Beendigung des Weihnachtsverkaufs Kleidergötte zum Verkauf, deren Preis als besonders billig zu bezeichnen sind. So werden Jackettjäger, Mäntel, Winterjoppe und Hosen größtenteils unter Anschaffungspreis verkauft. Handeln macht die Firma auf den billigen Verkauf von Gummimänteln in dem heut erschienenen Inserat aufmerksam.

Wetterausblick für das mittlere Norddeutschland bis Mittwoch mittag. Mild und überwiegend trübe mit vereinzelten Regenschauern bei mäßiger, meist westlichen Winde.

KON LINON

Die gute  
**MASSARY**  
Zigarette  
urteilen Sie selbst!

**MASSARY**  
BERLINS POPULÄRSTE ZIGARETTENMARKE!



**Bezirksverband Groß-Berlin. Soz. Partei Wittenau-Borsigwalde.**  
 Unser langjähriges Mitglied, der Zimmermann **Otto Schulze**  
 ist am 23. Dezember im Alter von 66 Jahren verstorben.  
**Seine Leiche** wird am 24. Dezember im Alter von 66 Jahren verstorben.  
 Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 24. Dezember 1920, nachmittags 4 Uhr, auf dem Wittenauer Friedhof statt.  
 Beerdigung durch den Vorstand.

**Schlafzimmer**  
 euerne, Spiegel, Kommode, Bettstellen mit Stahlmatratzen, Hochstuhl 1850,-, daselbe weiß lackiert 1800,-, Herrenzimmer 2 m Bibliothek 1400,-, Speisezimmer gebläute Ausführung mit 6 edleren Möbeln 4200,-, Küchenrichtung 375,-, Kleiderkasten 400,-, nachdem Standuhren 1200,-. Viele Gelegenheitskäufe in schweren Zimmerausstattungen u. Einzelmöbel zu einem billigen Preise.  
**Hans Lennert,**  
 Berlin N., Köpenicker Str. 35 am Kolonnenplatz.

**Zentralverband der Angestellten**  
 Das in Nr. 24 des „Berliner Anzeigers“ veröffentlichte Wahlschreiben zur Wahl des Ortsgruppen Berlin wird mit folgenden Ergänzungen hierdurch bekräftigt:  
 Wahlberechtigten derjenigen Wahlgruppen, die weniger als 25 Wähler zu wählen haben, müssen von mindestens 50 wahlberechtigten Mitgliedern unterzeichnet sein.  
 Wahlberechtigten müssen mindestens fünf Wähler enthalten, als Vertreter zu wählen sind für diesen höchsten die doppelte Anzahl der zu wählenden Vertreter anzuführen.  
 Berlin, den 27. Dezember 1920.  
**Der Verbandsvorstand.**  
 Siebel, Urban. 6715

**Spezialarzt**  
 Syphilis, Harn-, Frauen-, Schwäche, Bekrankung, Behandlung, schnell, sicher u. schmerzlos. Dr. Homeyer & Co., Konz. Lab. Harnuntersuchung, Fäden im Harn usw.  
**Friedrichstr. 61.**  
 r. 10-1, 3-8. Sonnt. 10-11. Teilzahl Separ. Damentim.

**12 000 Straußfedern**  
 zu verkaufen, ca. 1/2 Meter lang, Stück 1 M., 2 M., 3 M., 5 M.; ca. 1/2 Meter lang 3 M., 10 M., 15 M., 25 M.  
 Muster gegen Nachnahme.  
**Hesse, Dresden, Scheffelstraße.**

**Pianos Flügel**  
 neu und gebraucht.  
**Gelegenheitskäufe!**  
 Stems, Leipziger Str. 19, Ecke Haderstraße.  
**Papiergeschäft**  
 ausgehend, umständelhaft (sofort zu verkaufen) 50 Bk., Harzerstr. 59. 20610

**Wie ist es möglich, eine Rückgratverkrümmung zu bessern, zu heilen?**  
 Illustr. Broschüre geg. Einsende, von 5 Mk. von **Franz Menzel**  
 Berlin - W 7, Magdeburger Str. 25, F. Buchrücke 1. M. zurück

**Bekanntmachung.**  
 Verdingung.  
 Die Aufstellungen für die Arbeiten des Verkehrsbeamten **Reußlin** sollen in 3 Raten für die Zeit von Anfang Januar 1921 bis 31. März 1921 vergeben werden.  
 Bedingungen nebst Angebotsformular können werktags von 9-1 Uhr im hiesigen Rathaus, Berliner Str. 64, Zimmer 305, eingesehen bzw. gegen Erstattung der Gebühren für die Bereitwilligung im Betrage von 1,50 Mk. sowie unter Vorlegung des Poros für die Uebernahme besogen werden.  
 Angebote sind, verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen, bis Dienstag, den 4. Januar 1921, vormittags 11 Uhr, im Diensträumen des hiesigen Rathauses einzureichen und werden um 11 Uhr im Gegenwart der Anbieter geöffnet. Aufschlagzeit drei Wochen.  
 Reußlin, den 23. Dezember 1920.  
**Magistrat Berlin, Tiefbauverwaltung.**  
 Verkehrsbeamter Reußlin. 10432\*

**Öffentliche Holz-Versteigerung.**  
 Am Montag, den 3. Januar 1921, mittags 12 Uhr, verbleibe ich im Wege des Selbstverkaufs in Berlin-Neptun, **Goffmannstr. 20** (nahe Bahnh. Neptun, Fabrik Str.) ca. 300 Am. Klefern-Alt- und Knüppelholz, meißtens gegen Verjähren, 10422  
**Gustav Rhode, vereidigter Auktionator,** Berlin N., Neue Schönhauser Str. 11.

**Ankauf von Brillanten, Perlen, Uhren, Platin und Goldbruch.**  
**G. Schliephacke, Friedrichstraße 210, Ecke Kochstraße.**  
**Franz. Cognak Verschn.**  
 Weinbrand Ver., Weinbrand u. Rum, Div. Liköre u. Weine in Qualitäten.  
**Gebr. Hoff, Spirituosen, Berlin SW. 61, Planufer 19. Moritzpl. 5515.**

**Bei Nervosität körperlicher und geistiger Abspannung**  
**Dr. Hoffbauers ges. gesch. Lecithin-Präparate**  
 mit Eisen | mit Arsen | mit Kola  
 Aus reinstem, dem Hühnerrei entzogenem Nervstoff oder Lecithin hergestellt. Ausbeute Lit. gratis durch **Elefant-Apotheke, Berlin SW. 19, Leipziger Str. 74 (Dönhofsplatz), Amt Ztr. 7192**

**Unsere jetzigen Preise**

**Jackenzüge** in allen möglichen Mustern und Farbensetzungen ..... von **245** Mk.  
**Jackenzüge, Modestriche**, in den neuesten Fassons und in vornehmen Farben zum Selbstpreis ..... von **780** Mk.  
**Ulster, Schlüpfer, Raglans, Paletots** ..... von **300** Mk.  
**Winterjoppen** mit dickem warmen Futter ..... von **150** Mk.  
**Hosen** größtenteils unter Anschaffungspreis, in geschmackvollen Stoffen, u. a. 200, 265, 225, 215, 200, 175, 150, 125, 90 ..... **65** Mk.

**Smokinganzüge, Gehrockanzüge, Frackanzüge, Cufway und Westen** sowie **Gummimantel** in modernster Ausführung, sehr preiswert

**Maßanfertigung** nach den neuesten Modellen zu billigen Preisen

**Nur eine Verkaufsstelle** **BoerSohn** **Keine Filialen mehr**  
**Nur Chaussee-Strasse 29-30 Nur**

**GOLD-Platin + Iridium** (reine Gr. 200 M.)  
 Scheidegut und photographische Rückstände  
**Silberbruch + Barren**  
**Zahngelbisse + Quecksilber**  
 zahlt immer noch die höchsten Preise wie bekannt  
**Adolf Friedländer**  
 Kommandantenstr. 29, I rechts.

**Prozesse**  
 Rat, Beistand, mäßige Preise, Teilzahlung, Ebe., Alimenten-, Strafsachen, Steuern, Gnadengesuche.  
 Landgerichtsrat Dr. v. Kirchbach, Gesellschaft m. b. H., Alexanderstraße 45 (am Alexanderplatz, gegenüber Tietz) (9-7) Glanz Erfolge! Beobachte! Telz Köniqst 3595

**Bei Nervosität körperlicher und geistiger Abspannung**  
**Dr. Hoffbauers ges. gesch. Lecithin-Präparate**  
 mit Eisen | mit Arsen | mit Kola  
 Aus reinstem, dem Hühnerrei entzogenem Nervstoff oder Lecithin hergestellt. Ausbeute Lit. gratis durch **Elefant-Apotheke, Berlin SW. 19, Leipziger Str. 74 (Dönhofsplatz), Amt Ztr. 7192**

**Heintze & Blandkeitz Fabrik Berlin**

**Brillanten Perlen, Smaragde**  
 kauft zum höchsten Preis (auch ganze Nachlässe)  
**W. Weisager,**  
 Leipziger Straße 112, Eingang Mauerstraße

**Brillanten**  
 kauft  
**Berliner Edelstein-Ges. m. b. H.**  
 Friedrichstr. 168. Nur I. Etage

**Ankauf von: Brillanten, Perlen, Juwelen,**  
 zu höchsten Preisen bis zu den größten Objekten. Streng reelle Bedienung!  
**Platin-, Gold-, Silberbruch**  
 Brillantenankauf von 11-3 Uhr. Geschäftzeit von 9-6 Uhr.  
**Heinrich Trapp,** Am Spittelmarkt, Reuthstr. 10 (Laden).

**Anzüge, Ulster**  
 Paletots, Cutaways, Hosen, Alaska- und Kreuzfische, Muffen. (Keine Lombardware.)  
 Verkauf zu enorm billigen Preisen.  
**Leihhaus Friedrichstr. Nr. 2**

**Betrifft**  
**Krämers alkoholfreie Punsch, Kognak, Rum und Liköre.**  
 Meine verehrte Kundschaft wird höflichst gebeten, Einkäufe für Silvestertag möglichst frühzeitig und in den Vormittagsstunden zu machen, da der Andrang in den Abendstunden gewaltig groß ist. — Es wird gebeten, möglichst Flaschen oder Gefäße zum Abfüllen mitzubringen.  
**H. Krömer, — BERLIN N 24, — Oranienburger Str. 66.**

**Neue Lieferungsbedingungen und Tarife für Elektrizität.**

Auf Grund des Gemeindefestbeschlusses vom 19. November 1920 werden alle in der neuen Gemeinde Berlin bestehenden von den bisherigen Gemeindeverwaltungen hergeleitete Tarife und Lieferungsbedingungen für niederspannige Elektrizität aufgehoben.  
 An Stelle der aufgehobenen werden die untenstehenden neuen Bedingungen und Tarife in Anwendung gebracht. Die neuen Lieferungsbedingungen und Tarife finden auf demjenigen Stromverbrauch Anwendung, welcher nach der Mitte Dezember 1920 beginnenden Jahrsabrechnung als feststeht.

**A. Allgemeine Bedingungen.**

**§ 1. Stromlieferung.** Die Elektrizität wird den Abnehmern regelmäßig zu jeder Tages- und Nachtzeit zur Verfügung gestellt. Die Elektrizität wird durch Feuerkraft, Wasserkraft, Windkraft, Wasserkraft oder sonstige Umstände, die für nicht zu den Umständen veränderlich (höhere Gewalt), an der Erzeugung oder Verteilung der Elektrizität verhindert sein, so weit ihre Vermeidung zur Lieferung so lange, bis die Erzeugungs- und deren Folgen beseitigt sind.

Eine Unterbrechung der Stromlieferung oder ein Versagen der Erzeugungs- oder Verteilungsanlagen kann der Abnehmer in keinem Falle beanspruchen.

Außerdem steht dem St.E.W. das Recht zu, zum Zweck der Erzeugung und Instandhaltung der Anlagen vorübergehend den Betrieb ganz oder teilweise einzustellen.

**§ 2. Herstellung der Hausanschlüsse.** Die Herstellung der Anschlüsse von den Verteilungsleitungen in den Straßen bis zu den Hauptleitungen in den Grundrissen einschließlich der sonstigen hierzu notwendigen Werkarbeiten und Aushebungen geschieht ausschließlich durch die St.E.W.

Die Kosten der Hausanschlüsse werden, sofern nach Ansicht der St.E.W. ein angemessener Verbrauch gewährleistet ist, bis zum Betrag von 200 Mk. von den St.E.W. übernommen, etwaige Mehrbeträge sind von dem Besitzer der St.E.W. zu erklären. In jedem Falle bleiben die Hausanschlüsse Eigentum der St.E.W.

**§ 3. Instandhaltung.** Die Instandhaltung der Anlagen ist den Abnehmern überlassen; sie muß unter Beachtung der von den St.E.W. hierfür festgelegten Vorschriften erfolgen. Die Prüfung der Anlagen, die Ueberwachung der Ausführung der Instandhaltungsarbeiten und die Kontrollmessungen von Anlagen der Anlagen liegen ausschließlich den St.E.W. ob; die St.E.W. sind berechtigt, die Ausführung der Elektrizität so lange zu verweigern, als die von ihnen verlangten Bedingungen ausgeführt sind. Durch die Prüfung, die Ueberwachung und den Einwirkung überlassen der St.E.W. keinerlei Verantwortung für Feuer- oder sonstigen Schaden, auch nicht hinsichtlich der Instandhaltung in keiner Weise ihrer Verantwortung gegenüber dem Besitzer übertragen. Die St.E.W. allein sind berechtigt, Anlagen anzuschließen, in Betrieb befindliche Anlagen abzuschalten oder abgedrehte Leitungen wieder in Betrieb zu setzen. Fortwährende Bestimmungen gelten fernergemäß auch für Veränderungen und Umbauten.

**§ 4. Instandhaltung und Revision der Anlagen und Apparate.** Der Abnehmer hat für die Instandhaltung der von ihm benutzten Einrichtungen Sorge zu tragen, gleichviel, ob sie ihm oder den St.E.W. gehört; in letzterem Falle hat er gegen jede Inanspruchnahme zu halten.

Die St.E.W. sind berechtigt, die gesamten Anlagen jederzeit nachprüfen zu lassen und die erforderliche Instandhaltung der Installation von dem Abnehmer zu fordern. Den Angehörigen der St.E.W. nach Ueberprüfung der Anlagen zu allen Hausanschlüssen gestattet werden, in denen sich Leitungen oder Teile der Installation befinden.

**§ 5. Zahl- und Schaltapparate.** Die zur Prüfung des Verbrauches bestimmten Stromzähler werden dem Abnehmer gegen eine monatliche Gebühr überlassen.

Dem St.E.W. allein steht die Entschädigung über Zahl-, Größe, Ort und Art der Ausführung der Elektrizitätszähler zu.

Zur Bedienung der Zähler sind ausschließlich Angehörige der St.E.W. berechtigt, die sich auf Verlangen durch eine Bescheinigung der St.E.W. ausweisen müssen.

Die Abnehmer dürfen den St.E.W. für jeden durch Beschädigung oder Verlust von Anlagen entstehenden Schaden, im Falle des Verlustes eines Zählers haben die Abnehmer den zur Anschaffung eines entsprechenden Zählers erforderlichen Betrag zu zahlen. Die St.E.W. tragen nur die Kosten der regelmäßigen Instandhaltung der Elektrizitätszähler.

Jede Handlung an dem Zähler durch andere Personen als die Angehörigen der St.E.W. sowie die Lösung oder Beschädigung der an dem Zähler angebrachten Plomben sind verboten und mit einer Geldstrafe von 100 Mk. bestraft. Die Angehörigen der St.E.W. sind verpflichtet, die Plomben nach der Bereinigung für den richtigen Gang des Zählers.

Die Instandhaltung des Zählerstandes erfolgt durch Abnehmer. Die Zähler sind verschlossen, das Ergebnis der Ablesung in die an dem Zähler angebrachte Ablesetaste einzutragen, damit der Abnehmer die Richtigkeit der Ablesung nachprüfen und seinen Stromverbrauch feststellen kann.

Stellt sich der Abnehmer durch die Angaben seines Zählers für unrichtig, so kann er schriftlich die Prüfung beantragen. Die Gebühr von 40 Mk. für jeden Zähler ohne Unterschied der Größe ist mit dem Antrag auf Prüfung einzuliefern. Falls die Prüfung ergibt, daß die mittlere Abweichung vom Nennwert mehr als 5 Proz. beträgt, wird die Gebühr dem Abnehmer zurückerstattet.

Werden mehrere von Stromzählern, die ihre Aufgabe in dem Elektrizitätszähler haben, Abweichungen von mehr als 5 Proz. ausweisen oder ungenügend des Abnehmers feststellen, so findet im Verhältnis der ermittelten Abweichung eine Nachprüfung oder Rückvergütung, höchstens jedoch für die letzten drei Monate, statt.

Steht ein Zähler außer, so wird nach Wahl der St.E.W. unter billiger Berücksichtigung planmäßiger Angaben des Abnehmers entweder der Verbrauch im gleichen Zeitraum des Vorjahres oder das Mittel aus den Angaben des Zählers während der letzten Ablesungsperiode vor dem Stehenbleiben und der ersten Ablesungsperiode nach Behebung der Störung der Zählung zugrundegelegt.

Für Ableser aller Art oder Kontrollmessungen für den Verbrauch von Elektrizität, wie Kontrollabrechnung, Leistungs-, Stromzähler, u. dgl. gelten die vorstehenden Bestimmungen fernergemäß.

**§ 6. Zahlungsbedingungen.** Die Zahlung der Rechnungen hat monatlich zu erfolgen, sofern nicht die Zahlungen nach Wahl der St.E.W. in kürzeren oder längeren Zeitintervallen zu leisten sind. Die Rechnungen sind bei Fälligkeit fällig. Entfällt über die von den St.E.W. geforderten Betrag, so hat der Abnehmer auf Verlangen der St.E.W. die Beträge unter dem Vorbehalt der Rückforderung zu zahlen.

**§ 7. Sicherheitsleistung.** Jeder Abnehmer ist verpflichtet, zur Sicherung der Ansprüche der St.E.W. das von diesen zu bestimmende Sicherheit zu stellen.

Die St.E.W. können jederzeit eine Erhöhung der Sicherheit verlangen.

Ueber die Einzahlung der Sicherheit wird eine Empfangsbekanntmachung erteilt. Die St.E.W. sind berechtigt, die Sicherheit an den Einlieferer der Empfangsbekanntmachung ohne Prüfung der Empfangsbekanntmachung zurückzugeben.

**§ 8. Unbefugte Stromentnahme.** Der Wiedererwerb von Elektrizität aus Dritte ist ohne Genehmigung der St.E.W. nicht gestattet.

Der Abnehmer ist nicht berechtigt, ohne Zustimmung der St.E.W. Elektrizität aus einer anderen Stromleitung als deren Bestimmung zu beziehen. Auch ist es nicht gestattet, mechanische Arbeit wahrnehmbar einem von den St.E.W. versorgten Stromzähler oder einer anderen Vorrichtung zu entnehmen.

Wer in einer Anlage ganz oder teilweise Elektrizität aus den Leitungen der St.E.W. entnimmt, oder daß für die Prüfung Apparate aufgestellt sind, oder werden die hierfür aufgestellten Umgebungen oder werden vor Abnahme der Anlage

den die St.E.W. Leitungsverbindungen herstellt, die eine Stromentnahme ermöglichen, so behalten sich die St.E.W. vor, neben einer strafrechtlichen Anklage und der Abrechnung der Leistungen (§ 9), sowie der tarifmäßigen Berechnung des im Ueberschuss verbrauchten Stromes für die verbrauchte Elektrizität eine Vertragsstrafe zu fordern. Die Vertragsstrafe beträgt mindestens 100 Mk. und bemisst sich nach dem Umfang des unzulässigen Anschlusses und der Dauer der unbefugten Stromentnahme unter Zugrundelegung des besonderen Richttarifs (V. 1) des Abnehmers oder der Dauer der unbefugten Stromentnahme zweifelt, so ist die Entschädigung für ein volles Jahr der täglich zulässigen Benutzung zu entrichten.

Das gleiche gilt, wenn nichtzulässige Lampen an Kraftleitungen (Tarif 4) angeschlossen werden.

**§ 9. Einstellung der Stromlieferung.** Die St.E.W. sind berechtigt, die Lieferung der Elektrizität ohne Einhaltung einer Frist einzustellen, wenn der Abnehmer

1. eigenmächtig Veränderungen in den bestehenden Einrichtungen vornimmt (§ 5),
2. unzulässig Strom entnimmt (§ 8),
3. den Anschluß der St.E.W. den Zutritt zu den Anlagen irgendwelcher Art verweigert (§ 4),
4. die fälligen Zahlungen nicht leistet,
5. die von den St.E.W. jeweils festgesetzte Sicherheit nicht leistet (§ 7).

Die Einstellung der Stromlieferung kann auch dann erfolgen, wenn in der Anlage eine gefährdende oder den Betrieb der St.E.W. gefährdende Störung eintritt oder zu befürchten ist.

Die St.E.W. sind berechtigt, die Wiederinbetriebnahme von der Zahlung einer Gebühr von 5 Mk. abhängig zu machen. In den Fällen der Wiederinbetriebnahme gegen § 8 Abs. 3 steht ferner dem St.E.W. ein Anspruch auf eine Vertragsstrafe in Höhe desjenigen Betrages zu, der für die anderweitig bezogene Elektrizität oder mechanische Arbeit nach dem jeweils geltenden Tarif der St.E.W. an dieser zu zahlen gewesen wäre.

**§ 10. Kündigung.** Die Verdrängung zur Entnahme von Elektrizität erstreckt sich auf die Dauer eines Jahres seit Inbetriebnahme der Anlage und auf die gesamte an den Leistungsanlagen angeschlossene Installation.

Wird ein Vertragsverhältnis nicht drei Monate vor Ablauf mittels einer schriftlichen Anzeige von dem Abnehmer oder den St.E.W. kündigt, so bleibt es jeweils für drei weitere Monate in Kraft.

Die Kündigung nach Ablauf des ersten Vertragsjahres aus den angeschlossenen Anlagen aus, so kann er das Vertragsverhältnis mittels eingeschriebenem Briefes mit einer Frist von einem Monat kündigen. Unverändert er dies und findet ein weiterer Stromverbrauch statt, so bleibt er für die Zahlung des durch den Elektrizitätszähler als verbrauchte nachgewiesenen Stromes haftbar.

**§ 11. Mitteilungen an die Abnehmer.** Mitteilungen an die Abnehmer oder bestimmte Gruppen der Abnehmer werden in den für die amtlichen Veröffentlichungen des Magistrats der Stadt Berlin bestimmten Zeitungen bekanntgemacht.

**§ 12. Gerichtsstand.** Für alle Rechtsverhältnisse zwischen den Abnehmern und den St.E.W. ist das Amtsgericht Berlin-Mitte bzw. das Landgericht I Berlin zuständig.

Die Gebühren werden im voraus eingezogen und zwar je 1/3 des Jahresbetrages am 1. April, 1. Oktober und 1. Januar.

**2. Besondere Tarif.**

Für Wohnen, deren gleichzeitig laufender Wasserverbrauch 200 Liter nicht übersteigt, wird die Elektrizität zu besonderen Preisen abgegeben, wenn die Abnehmer sich verpflichten, die nachstehenden gemauerten Gebäude bis mindestens ein Jahr zu entrichten.

Die Abrechnungen solcher Bauverhältnisse und die entsprechenden Jahresgebühren bestimmen sich nach folgendem Tabelle:

Leistung in Watt	60	80	100	140	200	250	300
Jahresgebühr in Mk.	60	130	150	210	300	375	450

Die Gebühren werden im voraus eingezogen und zwar je 1/3 des Jahresbetrages am 1. April, 1. Oktober und 1. Januar. Die vereinbarte Leistung darf nicht mehr als 1000 Stunden im Jahre in Anspruch genommen werden. Die St.E.W. behalten sich den Einbau von Kontrollapparaten sowie die Anfertigung der Anlagen jederzeit vorbehalten, vor. Wird eine höhere Verbrauchsbauer als 1000 Stunden festgesetzt, so wird die überhörsende Strommenge mit Mk. 1,20 für die Kilowattstunde berechnet.

Der Abnehmer kann die Erfüllung eines bei ihm angefertigten Kontrollapparates von den St.E.W. verlangen, wenn er mit dem Antrage den Betrag von Mk. 10 einlegt. Ergibt die Prüfung, daß der Kontrollapparat die Entnahme der vereinbarten Leistung ermöglicht, so ist der Betrag den St.E.W. zu verfallen, andernfalls wird er zurückgezahlt. Eine Rückzahlung bereits gezahlter Kaufgebühren findet nicht statt.

**3. Besondere Tarif.**

Der Preis der Elektrizität für Beleuchtungswecke beträgt 2 Mk. für die Kilowattstunde.

Daneben wird eine Gebühr erhoben, die sich nach Anzahl und Größe der Zähler richtet. Sie beträgt monatlich für einen Zähler bis zu

0,75 Kilowatt	2,-	3,00 Kilowatt	4,-
2,00	5,-	12,00	12,-
4,00	5,-	20,00	14,-
6,00	7,-	über 20,00	20,-

**4. Besondere Tarif für Betriebskraft und gewerbliche Zwecke.**

Der Preis der Elektrizität für Betriebskraft und gewerbliche Zwecke beträgt 1,20 Mk. für die Kilowattstunde. Ob die Voraussetzungen dieses Tarifes vorliegen, entscheidet ausschließlich die St.E.W.

Wird Elektrizität nicht nur für Betriebskraft und gewerbliche Zwecke, sondern auch für Beleuchtung verwendet, so wird der Preis für Betriebskraft und gewerbliche Zwecke 2 Mk. für die Kilowattstunde. Der gleiche Preis findet Anwendung auf Elektromotoren, welche unmittelbar oder mittelbar zur Erzeugung von Licht irgend welcher Art benutzt werden. Der Verbrauch der in den Fällen von Betriebskraft verwendeten und der in den Fällen von Betriebskraft verwendeten an die Elektrizitätszähler angeschlossenen Lampen wird mit 1,20 Mk. für die Kilowattstunde berechnet. In allen Fällen dieses Tarifes ist außer den Rollen des Stromes nach die unter 3. angegebene Gebühr zu entrichten.

**C. Abänderungen der Bedingungen.**

Abänderungen und Ergänzungen der vorstehenden allgemeinen Bedingungen und der Tarife bleiben vorbehalten. Es werden in den für die amtlichen Veröffentlichungen des Magistrats der Stadt Berlin bestimmten Zeitungen bekanntgemacht.

**Magistrat Berlin, Ritter.**







# Karl Legiens Tod.

Vom Vorstand des IFA-Bundes geht uns der folgende Nachruf zu:

Die deutsche und die internationale Arbeiterbewegung haben am 26. Dezember 1920 durch den Tod Karl Legiens einen Verlust erlitten, dessen Bedeutung weit über den Rahmen des von ihm geführten Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hinausgeht. Die freien Arbeitergewerkschaften waren die Plattform für Legiens Wirksamkeit. Er selbst gehörte aber keiner Organisation, sondern dem Proletariat im ganzen. Das Bild dieses Arbeiterführers im wahrsten Sinne des Wortes würde getrübt, wollte man sein Lebenswerk lediglich vom Standpunkt irgendeiner parteipolitischen Grundauffassung betrachten.

Karl Legien war Kämpfer, Organisator und Taktiker. Die Schlichtheit seines Wesens brachte es mit sich, daß er im Gegensatz zu manchem der sonstigen emporgestiegenen Arbeiterführer niemals Neigung verspürte, Berufspolitiker zu werden und den Boden der Gewerkschaftsarbeit zu verlassen. Legien war Gewerkschaftler vom Scheitel bis zur Sohle. Seitdem er vom 17. November 1890 ab durch das Vertrauen der organisierten Arbeiter an die Spitze der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands (später Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes) berufen worden war, blieb er auch zu jeder Stunde und in jeder Situation ihr Führer. Wie immer auch viele von uns einzelne seiner Handlungen beurteilen mögen, so wissen wir alle: sein Herz schlug der Arbeiterschaft bis zur letzten Stunde seines Lebens. Noch vor wenigen Wochen, als seine physischen Kräfte durch Krankheit bereits aufs äußerste geschwächt waren, schleppte sich Legien mit aller Ueberwindung auf den Internationalen Kongress nach London, und die deutschen Gewerkschaften hatten in dem erkrankten Führer doch ihre gesunde und vollwertige Vertretung wie sonst. Die Krankheit hatte ihn schon lange gequält, aber sein Geist hat rastlos weitergearbeitet, bis den Lebenswürdigen der Tod hinweggerafft hat.

Legien gehörte zu den wenigen Führern der deutschen Arbeiterbewegung, die bei aller Hingabe zu ihrer politischen Partei auch schon frühzeitig und rechtzeitig die hohe Bedeutung der Gewerkschaften für den Befreiungskampf des Proletariats erkannt hatten. Er hat in den vier Jahren den Kampf mit den besten Köpfen der Sozialdemokratischen Partei, mit Auer und Bebel, ausgenommen, um den freien Gewerkschaften die ihnen gebührende Geltung zu verschaffen. Legien verlangte damals, daß die Partei sich mit Entschiedenheit für die Gewerkschaften einsetze, sie als gleich notwendigen und wichtigen Teil der Arbeiterbewegung anerkenne und jeden Parteigenossen verpflichte, sie durch Anschluß an dieselben zu unterstützen, wenn nicht zwingende Gründe ihn hindern. Legiens Weltbild hat Recht behalten, und es mag für ihn eine Genugtuung gewesen sein, daß er selbst den gewaltigsten Aufschwung der freien Gewerkschaften Deutschlands noch mit erleben durfte.

Die Millionen-Armee der organisierten Arbeiter ist heute zum entscheidenden wirtschaftlichen und politischen Faktor im deutschen Volksleben geworden. Sie hat unter Legiens Führung im März 1920 den konterrevolutionären Putsch der Kapp und Bästowitsch erfolgreich niedergeschlagen. Wer so wie der Verfasser dieser Zeilen in jener Zeit des Kapp-Putschs Tag um Tag mit Karl Legien zusammen wirken durfte, dem ist eine erhebende Erinnerung an den von männlicher Unerfrockenheit und kluger, mächtiger Erwidigung erfüllten Kämpfer Legien verblieben. Als wir damals täglich und nächtlich unterirdisch beim matten Kerzenschimmer unter dem Vorhitz Legiens Kriegsrat hielten, da konnten diejenigen, die ihn noch nicht kannten, Legien als proletarischen Kämpfer schätzen lernen. Er war ungeachtet der durch den Verkehrstreik bedingten übermenschlichen physischen Anstrengungen von der ersten bis zur letzten Stunde auf dem Posten. Jede Maßnahme, die geeignet gewesen wäre, ihn von den persönlichen Verfolgungen der bewaffneten Kappisten zu schützen, wurde von ihm abgelehnt. Legien hatte, das zeigte sich damals, persönlichen Mut, und als er in jener denkwürdigen Nacht vom 20. März 1920 die Forderungen der streikenden Arbeiter gegenüber der Regierung und den Parteien zu vertreten hatte, da sprach ein weißhaariger Feuerkopf, die Regierungs- und Parteivertreter schrien auf, sie zitterten über die Expresserpolitik der Gewerkschaften, und ein Agent der Reaktion erstattete gegen Legien und den Verfasser dieser Zeilen Anzeige beim Staatsanwalt wegen Hochverrats.

Das Auftreten Legiens in jener Nacht war seine Erpreßertat, sondern der Ausdruck jenes Kraftgefühls, daß die denkende freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft erfüllt. Legien war eben Proletarier und hat sein proletarisches Empfinden bis zum Tode behalten. Er hat in jenen Märztagen jene Kraft entwickelt, die nur das Proletariat selbst zu erzeugen vermag und unserer deutschen Arbeiterbewegung eigen ist. Wenn nach Ablauf des Generalstreiks die Berliner Moskauer auf Legien und die Gewerkschaften gescholten haben, so äußerte sich darin nur die eigene Angst, den Massen zum gegebenen Zeitpunkt den Abbruch des Generalstreiks zu empfehlen. Die Proklamation eines Streikabbruchs macht stets unpopulär, und Legien hatte den Mut, sich im Interesse der Arbeiter bei ihnen auch unpopulär zu machen. Seine Kritiker von damals sind stets populär — sonst nichts. Wenn die Auswirkungen des Generalstreiks vom März 1920 später enttäuscht haben, so lag die Schuld wahrlich nicht an den Gewerkschaften und nicht an Legien, sondern in der politischen und parteipolitischen Entwicklung, die so manchen gewerkschaftlichen Erfolg verrietet hat.

Legiens kluger Sinn kam auch schon seit Jahren den organisatorisch von den freien Gewerkschaften noch getrennten Angestelltenverbänden zugute. Er hatte Verständnis für die Bedeutung dieser aufstrebenden Schicht, gleichzeitig aber auch für ihre Eigenart und ihre sozialen Bedürfnisse. Es darf hier u. a. an die warmherzige Förderung erinnert werden, die er von Anfang an dem Bund der technisch-industriellen Beamten angedeihen ließ, obwohl dieser der Generalkommission nicht angeschlossen war. Er hat später die von den freien Angestelltenverbänden dargebotene Hand als Bundesgenossen freudig ergriffen und so seit einigen Jahren ein inniges Zusammenwirken der freigewerkschaftlichen Kopf- und Handarbeiter ermöglicht. Die kraftvolle Entwicklung des IFA-Bundes ist nicht zuletzt mit auf das verständnisvolle Entgegenkommen Legiens und seiner Unterstützung zurückzuführen. Mäander unserer heutigen Revolutionäre, die so häufig von der Solidarität der Kopf-

und Handarbeiter reden, sollten sich daran erinnern, daß Karl Legien viele Jahre vor Ausbruch der Revolution die organisatorischen Voraussetzungen mitgeschaffen hat, die dann nach dem November 1918 Kopf- und Handarbeiter zu positiver gemeinsamer Arbeit befähigt haben. Auch wir Angestellte haben bei dem Hinscheiden Karl Legiens Anlaß zur Trauer. Unsere Ehrung dieses großen Kämpfers soll sich aber nicht in Klagen erschöpfen. Laßt uns, so wie er es stets getan hat, auch in diesem bewegten Augenblicke vorwärts schauen und an dem Ausbauen der für den Sozialismus kämpfenden Gewerkschaftsbewegung wirken, denn

Was vergangen, kehrt nicht wieder,  
Ging es aber leuchtend nieder,  
Leuchtet's lange noch zurück.

E. Aufhäuser.

## Weitere Stimmen der Presse.

Soweit die Berliner Abendblätter von gestern zum Tode des Gewerkschaftsführers Karl Legien Stellung nehmen, befleißigen sie sich im allgemeinen einer erfreulichen Sachlichkeit und persönlichen Anerkennung. Zunächst ein paar Stimmen der sozialistischen und linksbürgerlichen Presse. Die „Freiheit“ schreibt:

Karl Legien war nicht unser Freund. An seinem offenen Grabe aber müssen wir aussprechen, daß mit ihm eine der bedeutendsten Persönlichkeiten der deutschen Arbeiterbewegung dahingegangen ist. Eine jener Persönlichkeiten, die in den Anfängen und in den ersten schweren Kämpfen der Arbeiterbewegung wurzeln, die mit der Bewegung selbst emporwuchsen und in Wahrheit ein Teil der Arbeiterbewegung selbst waren. Das Werden und Wesen und die Bedeutung der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands ist untrennbar verknüpft mit Legiens Namen.

Die „Freiheit“ beschäftigt sich sodann in längeren Ausführungen mit der Geschichte der Gewerkschaften, bei der sie — entsprechend ihrem gegenwärtigen Standpunkt — die Ueberschätzung des gewerkschaftlichen Kampfmittels tadelt.

In der „Post. Bzg.“ widmet Georg Bernhardt dem toten Arbeiterführer einen langen Nachruf und vergleicht ihn mit Ignaz Auer, „dem Unbergeklachten“ und mit August Bebel:

Der Verlust, den die Sozialdemokratie durch das Hinscheiden Bebels erlitt, ist ähnlich der Größe des Verlustes, den die Partei und vor allem die Gewerkschaften durch den Tod Legiens erlitten. Wenn Bebel durch die Liebe und Achtung, die er in allen Schichten der Sozialdemokratie genoß, die stärkste Bürgerschaft für deren Einheit war, so trifft das Gleiche auf Legien hinsichtlich der Gewerkschaftsbewegung zu. Ein großer Teil der Gewerkschaften steht heute unter der Leitung der Unabhängigen, und die Kolonnen der Kommunisten bedrängen bereits manche Gewerkschaften besonders stark. Doch in einer solchen Zeit Legien unerschütterlich an der Spitze der Generalkommission der Gewerkschaften bleiben konnte, war zu einem großen Teil seiner unbestrittenen Sonderstellung anzuschreiben. Auch die, die ihn scharf bekämpften, achteten ihn. Seine Gesinnungstreue war über allen Zweifel erhaben.

Von Interesse an den weiteren Ausführungen Bernhards ist die Feststellung, daß ohne die stillschweigende Zustimmung der Generalkommission sich bis zum Augenblick auch keine bürgerliche Regierung am Ruder halten konnte und könne.

Von den Blättern der Reaktion bemüht sich wenigstens die „Post“, ein gewisses Maß von Sachlichkeit aufzubringen. Sie urteilt:

Wenn Legien trotzdem oft schadete, wo er zu nützen wählte, dann lag das an der engen Begrenzung seines Gesichtskreises. Internationalität und Erbfeindschaft gegen den Arbeitgeber, zu beiden von Partei wegen verpflichtet, waren die Schenklaiven, die ihn hinderten, die wahre Lage des deutschen Arbeiters und des deutschen Wirtschaftslebens zu erkennen. Er war aber ein aufrechter Parteimann, ein ehrlicher Gegner. Nie ist seine Person mit den politischen und wirtschaftlichen Schiebungen in Verbindung gebracht worden. . . .

Die Worte, die das Drao der Protagarier, die „Deutsche Tageszeitung“, dem Genossen Legien widmet, erhalten trotz mancher Schiefheit und falschen Beurteilung der Lebensarbeit Legiens eine ernste Mahnung an die Arbeitererschaft. Das Blatt schreibt:

Unter seiner bestimmenden Leitung haben die freien Gewerkschaften jenen glänzenden Aufstieg genommen, auf dessen Höhepunkt sie vom Kriege überrascht wurden. Trotz scheinbar größerer äußerer Rückschläge reicht ihre heutige Stellung an die der Vorkriegszeit nicht mehr heran. Denn sie tragen den Spaltbild der politischen Zerklüftung in sich und anherdem das Gift des Syndikalismus, das auszuschneiden allen Bemühungen Legiens und anderer einsichtiger Führer nicht gelungen ist.

Daß die extrem-nationalistische „Deutsche Zeitung“ es sich nicht nehmen lassen würde, bei dieser Gelegenheit das von ihr so beliebte Thema der „Rebenregierung der Gewerkschaften“ anzuschlagen, war vorauszusetzen. Wurde diese angebliche „Sünde“ Karl Legiens schon von der „Deutschen Tageszeitung“ gestreift, so erhebt dieses Blatt sie zum Mittelpunkt ihres Nachrufes:

Legien war eine in In- und Auslande hochangesehene Persönlichkeit, die großen Hoffnungen, die nach der Revolution vielfach auf ihn gesetzt wurden, hat er jedoch nicht erfüllt. Bekannt ist seine Teilnahme an dem Versuch der Errichtung einer Rebenregierung der Gewerkschaften nach dem Kapp-Putsch. Damals stand er auf der Höhe seiner Macht, die er rücksichtslos gegen Recht und Verfassung zu benutzen bestrebt war. Er ist bald danach an der Spitze einer Gewerkschaftsdiktatur wohl selbst insgeheim, hatte auch nicht das Zeug zum Selbsterlöser.

Wenn selbst die schärfsten Gegner der Arbeiterbewegung die Bedeutung des Dahingegangenen anerkennen müssen, so kann die Arbeitererschaft daran aufs neue die Größe des Verlustes ermessen, der sie betroffen hat.

## Beiseidskundgebungen.

Im Auftrage des Reichsanzlegers hat Staatssekretär Hübner anlässlich des Ablebens Karl Legiens an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund das folgende Telegramm gerichtet:

„Im besonderen Auftrage des Herrn Reichsanzlegers spreche ich dem Gewerkschaftsbund die lebhafteste Teilnahme an dem Verlust seines Führers, Abgeordneten Legien, aus, der fast durch ein Menschenalter an der Spitze der mächtigen Gewerkschaftsbewegung gestanden und sich um die Sache des Volkes große Verdienste erworben hat. Auch außerhalb seiner Vaterland und selbst außerhalb Deutschlands hat sich der Verstorbene durch seine Persönlichkeit, seine Kenntnisse und seine Klugheit einen weit geachteten Namen erworben, zumal er bei aller Schärfe seiner Stellungnahme niemals eine ruhige sachliche Aussprache verschmähte. Möge der Gewerkschaftsbewegung aus dem von ihm Geschaffenen noch reicher Segen erblühen.“

Dem Vorstand unserer Reichstagsfraktion ist folgende Depesche aus der Reichsanzlei zugegangen:

„Zum Tode des hervorragenden Mitgliedes der Fraktion, des Abg. Legien, beehrte ich mich im Namen des Herrn Reichsanzlegers seine aufrichtige Teilnahme auszusprechen.“

Eine ähnliche Kundgebung des Reichsanzlegers ist auch dem Reichstag, zu Händen seines Präsidenten Löbe, zugegangen. Gen. Löbe hat namens des Reichstags an den Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ein Beiseidstelegramm gerichtet.

Bürgermeister Ritter hat zugleich im Namen des Magistrats dem Allgem. Deutschen Gewerkschaftsbund aus Anlaß des Todes von Karl Legien wärmstes Beileid übermittelt.

## Zur Beisehung Karl Legiens.

Die Leiche wird am Donnerstag abend von der Privat-Klinik Derslingerstraße nach dem Gewerkschaftshaus überführt und dort im großen Saale aufgebahrt.

Am Freitag vormittag findet um 10 Uhr im großen Saale eine Gedächtnisfeier statt. Eintritt nur gegen Karten. Die Gedächtnisrede wird Genosse Wissell halten.

Im Anschluß daran bildet sich der Zug, der gegen 11 Uhr abmarschieren wird. Der Zug geht durch das Engelstraße, Cöpenicker Straße, Oberbaumbrücke, Warschauer Straße, Frankfurter Allee und Frankfurter Chaussee bis zum Städtischen Friedhof in Friedrichsfelde. Dort soll der Zug gegen 1 Uhr ankommen. Dann wird in oder vor der Halle der Delegierten die Möglichkeit gegeben werden, kurze Ansprachen zu halten.

Die Beisehung erfolgt an dem Rondeau, wo Auer, Liebknecht, Singer und Haase begraben liegen.

## Ein Revolutionsprozeß.

Ein aus den Januarmonaten 1919 geborener, sehr interessanter Zivilprozeß hat jetzt durch rechtskräftige Entscheidung sein Ende gefunden. Während dieser Urkunden wurde das Organ der R.A.D., die „Rote Fahne“, in der Buchdruckerei von Behmann in der Königsgrüner Straße gedruckt, neben welcher sich unmittelbar benachbart die Räume der „Deutschen Automaten-Handels-Gesellschaft“ befinden. Infolge der Urkunden haben die Arbeiter dieser Gesellschaft vier Tage lang nicht arbeiten können, weil auf den Höhen des Grundstücks, sowie vom Dache ständig geklopft wurde. Auf Grund eines vor dem Gewerbegericht geschlossenen Vergleichs hat die Automaten-Gesellschaft die Hälfte des ausgefallenen Lohnes den Arbeitern vergütet. Für den gesamten Betrag, d. h. auch als Vorauszahlung der Arbeiter, hatte die Automaten-Gesellschaft durch Rechtsanwalt Dr. Lange gegen die Buchdruckerei Behmann die Schadenersatzklage eingeleitet und diese damit begründet, daß die Druckerei demgegenüber schadenverpflichtet sei, weil durch eine Reihe von Artikeln in der „Roten Fahne“ die Urkunden durch Aufhebung der Massen veranlaßt worden seien. Für die Buchdruckerei machte Rechtsanwalt Dr. Jos. Basso geltend, daß durch Druckerei auf den Inhalt der Artikel keinen Einfluß gehabt habe, da die presserechtliche Verantwortung lediglich dem Herausgeber der „Roten Fahne“, Dr. Karl Liebknecht und der Frau Rosa Luxemburg, obgelegen habe. Ferner wurde der ursprüngliche

Zusammenhang zwischen den Artikeln und den Urkunden bestritten. Das Gericht schloß sich diesen Ausführungen an und wies die Klage ab. Das Urteil ist rechtskräftig geworden.

## Fälscher und Denunzianten.

Der Saarberein Berlin teilt mit: Im Sommer dieses Jahres wurden im Saargebiet verschiedene Briefe veröffentlicht, die angeblich von Berliner Bureaus stammen sollten und in denen sowohl diese Bureaus wie auch einzelne Persönlichkeiten im Saargebiet bei den dortigen französischen Behörden kompromittiert werden sollten. Schriftstücke, insbesondere das angebliche Schreiben der „Geschäftsstelle Saarverein“ an das Auswärtige Amt, welches bei den Gemeinderatswahlen in Saarbrücken eine Rolle spielte, konnten als glatte Fälschung nachgewiesen werden. Nunmehr sind eine ganze Reihe solcher gefälschter Schriftstücke bei einem gewissen Hink aus Altenwald gelegentlich seiner Verhaftung in Berlin gefunden worden. Hink gab an, diese Dokumente teilweise entworfen und teils sie von einer Schreibdame aus dem Bureau der U.S.R. Saarbrücken erhalten zu haben. Er beabsichtigte, sie in Berlin zu verlaufen. Die Briefe lassen auf den ersten Blick die Fälschung erkennen. Sie sind teils raffiniert mit gedruckten Briefköpfen versehen, wie sie von den angeblichen Schreibern niemals geführt wurden; dann sind Angaben darin enthalten, die geradezu lächerlich wirken für jeden, der die Verhältnisse kennt. Aus dem Inhalt geht hervor, daß der oder die

Fälscher beabsichtigten, bestimmte Personen des Saargebietes bei den französischen Behörden als verdächtig erscheinen zu lassen.

Es ist ganz offenbar, daß die Fälscher die Saarbehörden auf das schwerste getäuscht und dadurch mit dazu beigetragen haben, die ungesunde Atmosphäre des Mißtrauens ganz besonders gegen die bekannte Geschäftsstelle des Saarvereins in Berlin hervorzuheben. Es ist anzunehmen, daß ganze Familien im Saargebiet ihr Unglück diesen Fälschern, von denen ihre Angehörigen in gemeinsamer Weise verdächtigt wurden, zu verdanken haben.

## Auslandsrundschau.

Der französische Sozialistenkongress in Tours lehnte die Verschiebung der Entscheidung über die Internationale ab. Als erster Redner sprach Sembat, und zwar gegen Moskau.

Bei den tschechischen Wahlen sind bisher ungefähr 1000 Kommunisten eingeschrieben worden. Die Gerichtsbehörden dürfen die Auslieferung einiger kommunistischer Parlamentarier verlangen.

Montenegro ist erledigt. Frankreich erkennt nach dem Zusammentritt des südslawischen (S. D. S.) Parlaments die Vertretungen und Behörden Rilias nicht mehr an.

Die Entente soll auf Truppenbewegungen nach Wilna verzichtet haben; aus der ganzen Volksabstimmung scheint nichts werden zu sollen.

Das litauische Kriegsgericht verurteilte im Prozeß der geheimen polnischen politischen-militärischen Organisation, die am 28. August v. J. den Sturz der litauischen Regierung vorbereitet hatte, fünf Angeklagte zu lebenslänglicher Zwangsarbeit, einen zu 15 Jahren, einen zu 10, 10 zu 6, 20 zu je 4 und 10 zu je 2 1/2 Jahren Zwangsarbeit. Drei Angeklagte wurden freigesprochen.

In Sissakon wurde angeblich ein Bombenattentat auf den Ministerpräsidenten und eine Anzahl Politiker verübt. Es wurde niemand verletzt.



